

von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 2** auf:

Einzelplan 15: Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

Einzelplan 15 umfasst die Teilbereiche a) Arbeit, Technologie, Qualifikation und Weiterbildung, b) Soziales und c) Migration.

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3315**.

Ich eröffne die Beratung zunächst zum Teilbereich

a) Arbeit, Technologie, Qualifikation und Weiterbildung

und erteile Herrn Kollegen Henke für die CDU-Fraktion das Wort.

Rudolf Henke (CDU): Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Arbeitslosigkeit kostet Milliarden. Wie viele Milliarden - das hat vor kurzem das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung berechnet. Es beziffert für 2001 die Summe aus zusätzlichen Ausgaben und entgangenen Einnahmen für den Staat auf über 70 Milliarden €. 23,4 Milliarden € entfallen auf die neuen, 47 Milliarden € auf die alten Bundesländer. Allein der Betrag für Nordrhein-Westfalen liegt bei rund 15 Milliarden €.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Auf jeden einzelnen Menschen in der Arbeitslosigkeit entfällt dann auch ein berechenbarer Betrag, der sich aus zusätzlichen Aufwendungen des Staates, der direkten Arbeitslosenunterstützung, den staatlich aufgebrachten Beiträgen für Sozialversicherungen, Leistungen der Sozialhilfe, Wohngeld und auf der Einnahmenseite entgangenen Steuereinnahmen, entgangenen Einzahlungen in die Rentenversicherung, entgangenen Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung und weiteren Mindereinnahmen etwa bei der Bundesanstalt für Arbeit zusammensetzt.

Wie kaum eine andere Ursache trägt die Arbeitslosigkeit in besonderem Maße dazu bei, Probleme in der sozialen Sicherung der Menschen zu verschärfen. Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft produzieren Einnahmeausfälle in dreistelliger Milliardenhöhe. Nordrhein-Westfalen trägt durch besonders hohe Arbeitslosigkeit und besonders niedriges Wachstum besonders negativ zu dieser Situation bei.

Die handwerklichen Fehler der letzten Steuerreform haben die staatlichen und kommunalen Haushalte massiv belastet. Die soziale Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist bedroht. Vielerorts gibt es einen gewaltigen Problem- und, auch nicht zu vergessen, Investitionsstau. NRW braucht einen Neubeginn, damit wir mit der Problemflut fertig werden, die die Bereiche Arbeit, Gesundheit und Soziales zu überschwemmen droht.

Als wir im vorigen Jahr, 2001, an dieser Stelle über den Haushalt im Bereich Arbeit diskutiert haben, taten wir das vor dem Hintergrund einer erschreckend hohen Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote betrug damals 8,8 %. Die CDU-Landtagsfraktion hat diese damalige Quote von 8,8 % als ein einziges Alarmsignal bewertet. Das entsprach rund 777.000 arbeitslosen Menschen. Im Stillen haben die meisten in diesem Parlament unsere Bewertung geteilt.

Heute beträgt die Arbeitslosenquote 9,3 %. Heute sind in Nordrhein-Westfalen 820.000 Menschen arbeitslos. Diese Zahlen lägen noch deutlich höher, wenn die Arbeitsämter nicht all jene bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten Menschen im Alter von über 58 Jahren aus der Statistik herausrechnen würden, die erklärt haben, sie würden keine Arbeitsstelle mehr suchen.

Diese Zahlen sind ein deutlicher Beleg für die falsche Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung und - das muss man dazusagen - der rot-grünen Bundesregierung in Berlin. Nun möchte ich nicht sagen, Herr Minister Schartau, dass Sie die Hauptverantwortung für diese Arbeitsmarktkatastrophe in Nordrhein-Westfalen tragen. Sie stellen zwar ein Element der Kontinuität, aber in dem ganzen Räderwerk auch nur ein Rädchen in der insgesamt verfehlten Arbeits- und Wirtschaftspolitik der Regierungen Clement und Steinbrück dar.

Die Hauptverantwortung für die Arbeitsmarktkatastrophe liegt bei den Regierungschefs in Bund und Land, hier in Nordrhein-Westfalen bei den Ministerpräsidenten. Aber Sie, Herr Minister Schartau, stehen zumindest in der Mitverantwortung einer Politik, die Sie mittragen, die Sie mit legitimieren und die Sie als SPD-Landesvorsitzender vor aller berechtigten Kritik auch aus Ihrer eigenen Partei schützen.

Sie, Herr Minister Schartau, stehen geradeso wie Ihr früherer Amtsbruder als Finanzminister und jetziger Ministerpräsident Steinbrück in der Kontinuität einer gemeinsamen mit dem früheren Ministerpräsidenten Clement betriebenen Politik. Uns ist schleierhaft geblieben, wie der Kollege Clement in Kenntnis der von ihm hinterlassenen ka-

tastrophalen Lage auf dem NRW-Arbeitsmarkt dazu auserkoren werden konnte, die Arbeitslosigkeit in der gesamten Bundesrepublik bekämpfen zu sollen.

Aber auch Sie, Herr Minister Schartau, haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass Sie über vollmundige Ankündigungen und die Präsentation wohlklingender Programme nicht hinauskommen. Statt zu handeln haben Sie vor allem geredet. Statt zu reden hätten Sie endlich zu handeln. Und erst dann, wenn Ihren Reden sichtbare Taten folgen und wenn diese Taten auch zu einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit führen, können die Menschen im Land und können auch wir als Opposition Ihnen abnehmen, dass Ihre guten Worte mehr als leere Hülsen sind.

Für den Abbau der Arbeitslosigkeit sind natürlich nicht in erster Linie Arbeitsmarktprogramme entscheidend. Entscheidend ist in erster Linie eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft. Statt eine solche Wirtschaftspolitik zu betreiben, haben Sie falsche Akzente gesetzt. Kollege Weisbrich hat hierzu schon einiges gesagt. Sie haben Großstrukturen gefördert.

Sie haben den Mittelstand benachteiligt. Wir müssen seit Jahren eine riesige Selbstständigenlücke beklagen. Den Kommunen haben Sie die Luft für neue Investitionen genommen. Damit können auch auf diesem Weg keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Es bleibt festzustellen: Die traurigen Rekordzahlen auf dem NRW-Arbeitsmarkt sind das Ergebnis der Politik dieser Landesregierung. Und dafür machen wir Sie als Arbeitsminister, der jetzt auch noch für Wirtschaft zuständig ist, mitverantwortlich. Ihre Glaubwürdigkeit, Herr Minister und meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen - so viele sitzen jetzt nicht mehr hier -, wird auch nicht gerade dadurch gesteigert, dass im vorliegenden Haushaltsentwurf die Mittel für Arbeitsmarktprogramme um satte 30 Millionen € gekürzt wurden.

Angesichts der dramatischen Lage fragt man sich natürlich, warum Sie das tun. Entweder gestehen Sie damit ein, dass Sie bisher Geld in Arbeitsmarktprogramme investiert haben, das falsch angelegt war; das wäre dann das Scheitern der Arbeitsmarktpolitik. Oder Sie gestehen ein, dass Arbeitsmarktprogramme generell wenig Erfolg versprechen; auch das wäre ein Scheitern Ihrer bisherigen Arbeitsmarktpolitik. Oder Sie gestehen ein, dass Sie für eine so wichtige Aufgabe schlicht und ergreifend kein Geld mehr zur Verfügung ha-

ben; dann gestehen Sie allerdings das Scheitern Ihrer gesamten Politik ein.

(Zuruf von der SPD: Das darf doch nicht wahr sein!)

Wenn Sie schon diese 30 Millionen € bei den Arbeitsmarktprogrammen streichen, dann hätten Sie sie wenigstens in Investitionen stecken sollen, denn Investitionen schaffen Arbeitsplätze.

(Zuruf von der SPD: Das sagen Sie!)

Aber auch das ist nicht geschehen.

Diese Kürzungen sind insbesondere deshalb sehr bemerkenswert, weil sie hier inzwischen schon Tradition haben. Seit Jahren kürzt die Landesregierung Jahr für Jahr, Haushalt für Haushalt die Mittel für die Arbeitsmarktprogramme. Wir haben uns einmal den Haushalt für das Jahr 1998 angesehen. Wenn man den Anteil, den die EU schon damals für Arbeitsmarktprogramme beigesteuert hat, aus dem Etat 1998 herausrechnet und das Ganze von DM in Euro umrechnet, kommt man für das Jahr 1998 auf rund 300 Millionen € für solche Maßnahmen. Wenn man die gleiche Rechnung für den Haushalt 2003 anstellt, ergeben sich deutlich unter 200 Millionen €, und das bei gestiegener Arbeitslosigkeit. Diese Zahlen sprechen für sich und gegen Sie.

Verehrte Damen, meine Herren! Besonders trickreich gibt sich die Landesregierung bei den gemeinsam mit der EU kofinanzierten Arbeitsmarktprogrammen. Hierunter hat sie einige Programme gefasst, die sie vorher allein durchführte. Ich nenne hier beispielhaft das Programm "Jugend in Arbeit"; künftig soll es "Jugend in Arbeit plus" heißen. Ein weiteres Beispiel ist das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe", das allerdings bei der Umwandlung in ein EU-kofinanziertes Programm eine deutliche Reduzierung um rund 10 Millionen € erfährt.

Schon im Rahmen der Haushaltsberatungen im Ausschuss haben wir als CDU-Landtagsfraktion unsere Sorge betont, dass durch diese Umstellung der Programme wesentliche Elemente gefährdet sind. Insbesondere stellt sich die Frage, ob der bisherige Personenkreis auch nach dieser Umgestaltung künftig erreicht werden kann. Eines muss klar sein: Die Umstellung macht keinen Sinn, wenn sie nur Einsparungen bringt, aber der betreffende Personenkreis nicht wirklich etwas davon hat.

Zu dem Personenkreis, der in EU-kofinanzierte Programme einbezogen wurde, gehören wie erwähnt auch die arbeitslosen Jugendlichen. Herr Minister Schartau, Sie sind vor über zwei Jahren

mit dem Anspruch angetreten, Jugendarbeitslosigkeit solle ein Fremdwort werden. Nahezu 90.000 arbeitslose Jugendliche in Nordrhein-Westfalen belegen das Scheitern auch an diesem Punkt nur zu schmerzhaft.

(Zuruf von der FDP: Ebenso das Jugendwohnen!)

Verschlimmert wird diese Tatsache noch dadurch, dass wir auch bei der Zahl der in NRW neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge einen Rückgang verzeichnen müssen. 8,5 % oder 10.600 weniger Ausbildungsverträge als im vergangenen Jahr sind ein schlimmer Rückschlag. Damit liegt die Zahl der Neuabschlüsse etwa auf dem Niveau von 1995. Das ist fürwahr kein Fortschritt.

In solchen Zeiten kündigen Sie die Förderung des Jugendwohnens auf, von dem ich weiß, dass es formal nicht zu Ihrem Haushalt gehört. Aber ich verstehe die Landesregierung als ein einheitlich handelndes Gremium. Deswegen erlaube ich mir diesen Punkt im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit anzusprechen.

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die Landesregierung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik versagt. Das ist nicht Ihr alleiniges Versagen, aber es ist auch Ihr Scheitern. Dieser Haushaltsentwurf bietet leider keine Perspektive und keine Hoffnung auf Besserung.

Die CDU-Fraktion kann diesen Teil des Haushaltsentwurfs nicht mittragen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Henke. - Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt Herrn Vöge das Wort. Bitte schön.

Horst Vöge (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider fehlt Herr Arentz jetzt entschuldigt; dadurch durften wir einen etwas dramatischeren Auftritt verpassen. Wenn der CDU Arbeitsmarktpolitik am Herzen läge, hätte es ihr wirklich gut angestanden, wenn sie konkrete Veränderungsvorschläge nicht nur in Form von Diskussionsbeiträgen, sondern auch in Form von Anträgen eingebracht hätte. Kein einziger Änderungsantrag ist eingebracht worden.

(Beifall von einzelnen Abgeordneten der SPD und von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich habe den Eindruck, Sie wollen hier nur einen Popanz aufbauen; in Wirklichkeit haben Sie kein Interesse an einer modernen, fortschrittlichen, ef-

fektiven Arbeitsmarktpolitik, weil sie Sie nicht interessiert. Das finde ich schade. Wir würden uns gern hier im Plenum mit Änderungsvorschlägen auseinandersetzen.

Die FDP ist ähnlich; sie sagt immer nur, sie wolle etwas verändern.

(Zuruf von der SPD: Was denn?)

Konkret gibt es ein paar Kürzungen und ein paar Vorschläge in Bezug auf die Gesellschaften; aber ansonsten findet im Rahmen der Debatte über den Haushalt keine Diskussion über alternative Arbeitsmarktpolitik statt.

Ich werde nicht über Weiterbildung reden; das wird Herr Kollege Degen im Rahmen der Debatte über den Schuletat machen.

Es ist richtig, dass wir in der ersten Hälfte Einbrüche im Umfang von 1,4 Milliarden € zu verkraften haben. Sie schlugen sich im Haushalt nieder. Auch die nach der Steuerschätzung von November zu erwartenden Mindereinnahmen von 1,4 Milliarden € schlagen sich im Etat nieder. Es ist festzuhalten, dass leider auch die Arbeitsmarktpolitik einen Sparbeitrag zu leisten hat.

Davon sind auch die Werkstätten für Behinderte betroffen, wobei wir sagen können: Kein einziges Projekt ist gefährdet. Ihre Realisierung ist zeitlich etwas versetzt. Dies lässt sich in Monaten ausrechnen. Problematisch ist natürlich, dass keine Anträge zur Errichtung neuer Werkstätten abgewickelt werden können. Das Investitionsprogramm 2003, das sich auf die vorliegenden Anträge bezieht, wird auf jeden Fall durchgeführt werden; das ist ein gutes Signal.

Insgesamt sinken die im Landeshaushalt veranschlagten Ausgaben um 30 Millionen €; Herr Kollege Henke hat das eben gesagt. Der gesamte Titel Arbeitsmarktpolitik sieht Mittel in Höhe von 307,3 Millionen € vor. Ich meine, damit kann man noch eine funktionierende, eine gute Arbeitsmarktpolitik machen. Ich stelle mir vor, dass sie in Form von Leitlinien umgesetzt wird. Mit diesem Ansatz können z. B. langfristige Strukturen gesichert, Handlungsspielräume durch Kooperation mit bewährten, aber auch mit neuen Partnern gewonnen, erfolgreiche Programme gesichert und Räume für effiziente und innovative Vorhaben geschaffen werden. Dem dient auch, wenn Landesprogramme mit in den EU-Bereich hineinfallen und von dort kofinanziert werden.

Richtig ist, dass bei bestimmten EU-Programmen der Qualifizierungsaspekt im Vordergrund steht. Das ist grundsätzlich gut, aber wir wissen, dass einzelne, von der Arbeitslosigkeit besonders be-

drohte Personengruppen, denen häufig über das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" geholfen worden ist, von diesen Programmen nicht erfasst werden. Ich denke aber, dass das EU-Programm in seiner Neuformulierung ab dem Jahre 2004 diesen Gruppen Chancen eröffnet. Es ist besser, wenn wir diese Bevölkerungsgruppen, die nicht so schnell dem Arbeitsmarkt zuzuführen sind, in Qualifizierungsprogramme einbeziehen, weil ihnen das erheblich weiterhilft.

Ich nenne die Programme "Jugend in Arbeit", "Arbeit statt Sozialhilfe", das Stammkräfteprogramm. Auch die regionale Arbeitsmarktförderung wird weiterhin ermöglicht. Hier ist die Flexibilität der Mittel erforderlich. Bei den regionalen Arbeitsmarktprogrammen geht es dann noch um eine verstärkte Einwerbung von zusätzlichen Drittmitteln. Ich finde es nicht schlecht, sondern gut, dass in diesem Bereich zusätzliche Anstrengungen notwendig sind. Das Programm JobRotation wurde vom Bund übernommen.

Ich glaube, dass kein einziges Programm seitens des Landes Nordrhein-Westfalen gefährdet ist. Von daher können wir uns zwar nicht beruhigt zurücklegen, aber die guten Linien werden weiter fortgesetzt.

Ich finde es gut, dass Minister Schartau, wie es in dieser Woche zu lesen war, deutlich gemacht hat, dass die Hartz-Konzeption in wesentlichen Teilen in Nordrhein-Westfalen entwickelt worden ist. Wir haben schon in der Enquetekommission Zukunft der Erwerbsarbeit in Nordrhein-Westfalen über eigene Aspekte diskutiert. Wir haben dort schon einige Ansätze festgestellt. Sämtliche Gutachter haben uns bescheinigt, dass wir bei der Arbeitsmarktpolitik mit unseren Instrumenten auf einem sehr guten Weg sind. Diese Arbeitsmarktinstrumente sind also nicht die schlechtesten.

Wenn Minister Schartau noch einmal deutlich gemacht hat, dass er nicht abwartet, bis wir hoffentlich im Vermittlungsausschuss in Berlin eine Einigung zwischen Opposition und Regierungskoalition erzielen, sondern dass wir in Nordrhein-Westfalen die Schaffung von Jobcentern in Angriff nehmen. Mit dem Modell der Sozialagentur haben wir ja bereits eine Vorarbeit geleistet. In diesem Modell gibt es unterschiedliche Ansätze. Dabei arbeiten Sozialämter, Arbeitsämter und andere Akteure zusammen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat vor kurzem hier eine Tagung durchgeführt, zu der wir alle Akteure eingeladen haben. Erfreulicherweise sind auch alle dabei gewesen. Es ist noch einmal ausdrücklich von diesen angesprochen worden, dass der

Ansatz richtig ist, dass er aber verstärkt und erweitert werden muss, dass er flächendeckend auszudehnen ist.

Deshalb empfinde ich es als sehr positiv, dass das Landesarbeitsamt schon jetzt hat feststellen können, dass von den 33 örtlichen Arbeitsämtern 30 eine Kooperation mit den Kommunen schriftlich verabredet haben. Das ist ein gutes Zeichen. Das zeigt, dass wir in Nordrhein-Westfalen schon vor der großen Zusammenführung der Bereiche Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf Bundesebene positive Ansätze haben und dass wir auf einem guten Weg sind. Wir haben gute Instrumente entwickelt. Ich denke dabei an Transfergesellschaften und Agenturen.

Ich möchte auch die START Zeitarbeit ansprechen. Ich stelle ausdrücklich fest, dass es nicht Aufgabe von START war, spekulativ ins Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, Geldbeträge anzulegen und sich zu verspekulieren. Der Ansatz dieser Einrichtung war vielmehr, schwer vermittelbare, insbesondere ältere Arbeitslose wieder dem Arbeitsmarkt zuzuführen.

Bei der Überprüfung der Gesellschaften sollte meiner Ansicht nach START einbezogen werden. Der Ursprungsgedanke von START war ja, in Nordrhein-Westfalen eine Zeitarbeitsagentur zu gründen, um aus der Schmuddelzone der Zeitarbeitsagenturen herauszukommen, die es in den 90er Jahren durchaus gegeben hat.

START war und ist erfolgreich. Wir haben sehr viele seriöse Zeitarbeitsfirmen. Deshalb sollten wir tiefer gehend darüber nachdenken, ob wir uns aus diesem Bereich zurückziehen.

Die Koalitionsfraktionen haben noch einmal 925.000 € für kleinere Anstöße in der Beschäftigungspolitik Nordrhein-Westfalens eingestellt. Wir wollen die drei Dienstleistungsagenturen, die wir insbesondere für haushaltsnahe Dienstleistungen, in denen insbesondere Frauen eine Beschäftigung finden, zwar in diesem Jahr als Modell beenden, aber wir wollen im Rahmen der Hartz-Konzeption eine Zwischenfinanzierung über EU-Mittel. Ich glaube, dass wir das auch gemeinsam erreichen werden.

Wir sagen deshalb abschließend: Trotz der Einschnitte, trotz der Sparmaßnahmen bietet dieser Haushalt neue, aber auch bewährte Chancen für den Arbeitsmarkt, für die Arbeitnehmer und für die Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen. Ich denke, dass wir trotz dieser Sparmaßnahmen auf einem guten Weg sind.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Vöge. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Dr. Dreckmann das Wort.

Dr. Ute Dreckmann (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 819.000 Menschen sind in Nordrhein-Westfalen ohne Arbeit. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,3 %. Noch in keinem November gab es in unserem Land so viele Arbeitslosmeldungen wie in diesem, so Karsten Koppe, der Präsident des Landesarbeitsamts Nordrhein-Westfalen laut einer Meldung der "Ruhr-Nachrichten" vom 5. Dezember.

Seit Mitte der 80er-Jahre sei die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht mehr so gering gewesen. Mit 33.000 offenen Stellen seien rund 30 % weniger Arbeitsplätze gemeldet worden als vor einem Jahr. Besonders dramatisch ist die Situation - man kann schon sagen: wie immer - im Ruhrgebiet. Dort liegt die Arbeitslosenquote bei 11,3 %. Den Spitzenplatz nimmt - auch wie immer - Gelsenkirchen mit 14,5 % ein.

Aber neben den üblichen Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt wie ältere und jugendliche Arbeitslose, Geringqualifizierte und Migrantinnen und Migranten verlieren jetzt zunehmend auch junge Facharbeiter und Akademiker ihre Stelle. Selbst die noch vor kurzem händeringend gesuchten IT-Spezialisten und Medienfachleute stehen heute perspektivlos auf der Straße. In unserem Land gibt es zurzeit 15.000 arbeitslose Informatiker, aber nur 900 offenen Stellen. Ein Ende der Pleitewelle und des weiteren Stellenabbaus ist nicht in Sicht.

Nicht nur die Unternehmen und Unternehmer sind hochgradig verunsichert. In der gesamten Bevölkerung macht sich eine allgemeine Verunsicherung breit. Geiz ist plötzlich geil. Konsumverzicht heißt die Devise, aber nicht, um das gesparte Geld im Sinne von Münzfefering dem Staat zu geben, damit er es umverteilt für ein Rundum-Sorglospaket für seine Bürger, sondern als private Risikoabsicherung für unsichere Zeiten. Konsumverzicht sorgt jedoch letztendlich für einen weiteren Stellenabbau.

Meine Damen und Herren, das beste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine gute Wirtschaftspolitik. Schließlich müssen die Stellen und auch die Ausbildungsplätze erst einmal geschaffen werden, auf die man dann die Menschen vermitteln kann. Das ist aber jetzt nicht unser Thema. Darüber haben wir ausführlich heute Morgen debattiert.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist eines der besonderen Anliegen unseres Arbeitsministers Harald Schartau. Darin stimmen wir mit ihm überein. Aber wenn wir die Jugendarbeitslosigkeit zielsicher bekämpfen wollen, müssen wir erst einmal bei den Ursachen anfangen, durch die sie entsteht.

Die meisten Arbeitsplätze und die meisten Ausbildungsplätze gibt es in den kleinen und mittleren Betrieben und im Handwerk. Warum haben diese Betriebe immer weniger Lust, in die Ausbildung zu investieren? Bei meinen Gesprächen mit den Inhaberinnen und Inhabern dieser Betriebe gibt es die meisten Klagen über die miserable schulische Bildung der jungen Leute. Das gilt insbesondere für die Jugendlichen mit Hauptschulabschluss, aber auch für viele Realschulabsolventen und sogar für Abiturienten. Sie beherrschen oft nicht die einfachsten Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben oder die Grundrechenarten. Das naturwissenschaftliche Verständnis tendiert nicht selten gegen null. Selbst das Beherrschen der deutschen Sprache lässt oft zu wünschen übrig. Das gilt sowohl für Jugendliche deutscher Herkunft als auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Es gibt junge Leute, die eine Ausbildungsstelle antreten, ein paar Tage kommen und nach dem ersten Stress nie mehr gesehen werden. Es fehlt den jungen Leuten an Durchhaltevermögen, Disziplin und der Fähigkeit, mit Frustration und Niederlagen umzugehen. Die kleinen und mittelständischen Firmen, die Handwerksbetriebe und Freiberufler haben keine Lust und Zeit, das Versagen der Schule nachzuarbeiten. Sie stehen ja selbst mit dem Rücken zur Wand und kämpfen ums Überleben. Dass sie aber bereit sind, auch schwierigen Jugendlichen eine Chance zu geben, zeigt sich darin, dass sie Jugendliche einstellen, wenn sie gezielt gefördert werden, z. B. durch das Programm "Jugend in Arbeit". Wir begrüßen ausdrücklich, dass dieses Programm EU-kofinanziert und ungeschmälert weitergeführt wird.

Nicht verstehen können wir allerdings die Mittelkürzungen um 3,5 Millionen € bei der Förderung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendliche durch Projekte wie "Betrieb und Schule" und "Betrieb und Träger". Hier wird eindeutig am falschen Ende gespart. Zurzeit reist unser Minister Schartau durch das Land, um Tempo bei der Einrichtung der im Hartz-Konzept propagierten Jobcenter zu machen. Bereits im nächsten Jahr sollen in Nordrhein-Westfalen Arbeits- und Sozialämter flächendeckend kooperieren und Vorläufermodelle dieser Jobcenter, so genannte Sozialagenturen, einrichten.

Nun ist es sicherlich begrüßenswert, die Vermittlungsdauer von Arbeitslosen spürbar zu senken. Es ist auch begrüßenswert, den arbeitslosen und arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern umfangreiche Hilfe und Beratung an einem Ort anzubieten. Nicht einzusehen ist allerdings, warum diese Beratungsstellen ausgerechnet den Arbeitsämtern angegliedert werden sollen. Es gibt in kommunaler Trägerschaft hervorragend arbeitende Modellprojekte solcher Sozialagenturen, z. B. in Köln, die ausgesprochen erfolgreich bei der Betreuung und Vermittlung von Sozialhilfeempfängern sind. Aber auch diese Jobcenter können die Menschen nur in die Stellen vermitteln, die es tatsächlich gibt.

Das zweite Vermittlungswunder verspricht das Hartz-Konzept durch das Einrichten von Zeitarbeitsfirmen in jedem Arbeitsamt. Richtig ist, dass viele Arbeitslose über die Zeitarbeit den Weg zurück in die reguläre Beschäftigung finden. Es ist aber nicht Aufgabe einer öffentlichen Behörde, ein Geschäft mit der Arbeitnehmerüberlassung zu machen. Diese Aufgabe überlassen wir besser den privaten Zeitarbeitsfirmen, die dieses Geschäft verstehen und über die notwendigen Kontakte verfügen.

Aufgabe eines Landes ist die gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung schon gar nicht. Die FDP hat deshalb beantragt, den Landesanteil an der START Zeitarbeit NRW GmbH zu verkaufen. Ich habe gerne gehört, dass auch die SPD an Ähnliches denkt. Darüber hinaus habe ich erfreut zur Kenntnis genommen, dass es auch in der SPD Verwunderung darüber gegeben hat, dass die START Zeitarbeit NRW GmbH mit der Vermittlung von Problemfällen unter den Arbeitslosen wie Langzeitarbeitslosen und Behinderten so viel Geld erwirtschaftet hat, dass sie mit diesem erwirtschafteten Geld am Neuen Markt spekulieren konnte und dort Verluste in Millionenhöhe gemacht hat.

Auch nicht eine Aufgabe des Landes ist das Betreiben einer Unternehmensberatungsgesellschaft wie der Gesellschaft für innovative Beschäftigung. Den GIB-Newsletter lese ich immer ausgesprochen aufmerksam. Ich habe auch schon manches Komische darin gefunden, aber - ehrlich gesagt - nicht wirklich Erhellendes. Es gibt keine Aufgabe, die diese Firma wahrnimmt, die nicht genau so gut, wahrscheinlich sogar besser von einer privaten Firma ausgeführt werden könnte. Die FDP hat deshalb wie die CDU beantragt, die finanzielle Förderung dieser Gesellschaft auf null zu fahren. Diese Gesellschaft sollte wie

die übrigen landeseigenen Gesellschaften letztendlich aufgelöst werden.

Meine Damen und Herren, die FDP lehnt diesen Bereich des Haushaltsentwurfs wegen fehlender tragfähiger Perspektiven zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ab.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Dr. Dreckmann. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): - Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Wir müssen natürlich feststellen, dass wir in NRW zurzeit viel zu viele Arbeitslose - über 800.000 - haben. Wir müssen unsere Anstrengungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit deutlich verstärken, und das auf verschiedenen Ebenen.

Ich möchte aber zumindest kurz auf das eingehen, was hier von Frau Dreckmann von der FDP angesprochen worden ist: Wir haben natürlich das besondere Problem der hohen Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet. Wir haben natürlich die Situation, dass der Strukturwandel dort noch nicht vollständig vollzogen ist. Wir haben natürlich gerade in der Emscher-Lippe-Region besondere Probleme. Ich meine, Frau Dreckmann, wenn Sie das hier schon beklagen, dann sollten Sie auch so ehrlich sein und sagen, dass Sie das Problem noch verschärfen wollen, wenn Sie jetzt fordern, man solle aus der Steinkohle sofort aussteigen. Denn das heißt, dass die Arbeitslosigkeit dort noch drastisch erhöht würde, dass Ausbildungsplätze massiv wegfallen. Auch das ist Realität.

(Widerspruch bei der FDP)

Wenn Sie den Ausstieg so machen würden, wie Sie das hier sagen, nämlich durch sofortige Kürzung des Ansatzes im Haushalt, würde das auch die sofortige Freisetzung von Leuten beinhalten, die dort im Augenblick beschäftigt sind. Mit sozialverträglicher Politikgestaltung hat das wenig zu tun.

(Christian Lindner [FDP]: Das Geld soll teilweise in einen Strukturfonds! Das verstehen Sie nicht so gut!)

- Ihre Vorschläge! Sie haben erst einmal mehr Arbeitslose! Das ist die Realität, die Sie herstellen!

Ich will natürlich auch nicht verhehlen, dass Politik letztlich nur Rahmenbedingungen setzen kann. Arbeitsplätze müssen in der Wirtschaft geschaffen werden. Wir müssen weiterhin dafür sorgen, dass

wir unsere Unternehmen in NRW in dieser Richtung bestärken. Wir haben gerade auch in diesem Haushalt wieder vielfältige Maßnahmenpakete, bei denen wir davon ausgehen, dass sie sinnvoll und effektiv sind - übrigens im Gegensatz zur Opposition: Ich kann nicht einmal im Ansatz erkennen, dass Sie konkrete Vorschläge und wirksame Maßnahmen auf den Weg bringen.

Ein wichtiger Punkt ist auch, dass Wirtschaft und Arbeit jetzt in einem Ministerium angelegt sind. Auch das ist wichtig, um zukünftig Arbeitsplätze zu schaffen. Denn um zukunftsfähige Arbeitsplätze in NRW zu schaffen, müssen wir sehr kooperativ und integrierend wirken.

Ich möchte, weil wir hier verschiedene Bereiche angesprochen haben, auch etwas zum Technologiebereich sagen. Modernste Technologien haben natürlich einen besonderen Stellenwert für unseren heimischen Markt und gerade für das Exportland NRW. Wir müssen dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft in vielen Technologiebereichen weltweit Spitze oder mit an der Spitze bleiben. Von daher ist es wie insgesamt im Haushalt sicher bedauerlich, dass auch im Technologiebereich eine Kürzung von 3,7 Millionen € umgesetzt werden musste. Doch ich glaube, dass auch hier tatsächlich noch immer ausreichend finanzieller Spielraum für eine innovationsorientierte Technologiepolitik vorhanden ist. Wir werden auch in Zukunft Technologieinitiativen - insbesondere in den Feldern Produktionstechnologien, Werkstofftechnologien, Mikro- und Nanotechnologien - voranbringen; denn die sind tatsächlich sehr geeignet, hier auch zukünftig Arbeitsplätze zu schaffen und dafür zu sorgen, dass wir auch beim Export an der Spitze stehen.

Für uns als Grüne stehen auch die kleinen und mittleren Unternehmen, die bisher von den verschiedenen Technologieprogrammen unterproportional profitiert haben, im Zentrum des Interesses. Wir müssen die Bedingungen für sie weiter verbessern und begrüßen die Initiative der Landesregierung zur besseren Information und Bündelung der entsprechenden Technologieförderprogramme.

Ein besonderes Augenmerk gilt von meiner Seite in diesem Zusammenhang auch den Technologietransferstellen an unseren heimischen Hochschulen. Spin-offs bieten hier gute Perspektiven, neue Unternehmen an den Markt zu bringen und gerade für junge Leute neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir haben noch in der letzten Woche hier im Landtag eine Ausstellung gehabt, die übrigens auf Initiative der Grünen zustande gekommen ist, auf der die Hochschulen ihre Technologietransferstel-

len und das technische Know-how, das sie erworben haben, einer etwas breiteren Öffentlichkeit vorstellen konnten. Ich denke, dass das ein wichtiger Punkt ist, um deutlich zu machen, dass wir hier tatsächlich eine ganze Menge Potenzial haben.

Wir müssen den Technologiebereich natürlich auch mit der Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik vernetzen - eine integrierende Technologiepolitik also, mit der wir Wirtschaft, Wissenschaft und Ausbildung zukünftig noch weiter vernetzen.

In der Arbeitsmarktpolitik müssen wir dies durch präventive Ansätze und durch Unterstützung betrieblicher Modernisierung konkret realisieren. Wir brauchen auch weiterhin eine strukturbezogene Arbeitsmarktpolitik durch die Flankierung von regionaler und sektoraler Umstrukturierung sowie zielgruppenbezogener Ansätze.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik ist mehr denn je notwendig. Wir haben im Moment eine konjunkturelle Schwäche. Dadurch hat auch die Jugendarbeitslosigkeit zugenommen. Sie ist mit ca. 10,3 % sehr hoch und nicht hinnehmbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Trotzdem gilt unser Versprechen, dass jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendliche auch 2003 einen Ausbildungsplatz erhält. Hier erwarten wir aber insbesondere, dass auch die Unternehmen ihren Verpflichtungen nachkommen. Vielfältige Anstrengungen des Landes sind gefordert; ebenso aber muss die Arbeitgeberseite ihre Bringschuld einlösen. Unternehmen haben gesellschaftliche Verantwortung. Das kommt bei der politischen Debatte oft zu kurz, wenn nur über Renditen geredet wird. Gerade bei der Ausbildung darf auf Unternehmensseite nicht gespart und auch nicht nachgelassen werden. Hier liegt auch in Zukunft die Chance, gerade für NRW.

Ich will an dieser Stelle auch nicht verhehlen, dass gerade in der Arbeitsmarktpolitik grundsätzlich umgedacht werden muss. Wir müssen die vorhandene Arbeit besser verteilen. Wir brauchen mehr Modelle der Arbeitszeitverkürzung, neue Verteilungsmodelle oder Jobsharing.

Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit kann nicht allein durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze erreicht werden. Das ist die bittere Realität und Erfahrung auch aus Hochkonjunkturzeiten.

Mit dem Haushaltsjahr 2003 haben wir eine Neuausrichtung unserer Landesprogramme hin zur Kofinanzierung mit den Mitteln des Europäischen Sozialfonds organisiert. Viele unserer Maßnah-

men können in diese Förderung überführt werden. Dort werden wir in Zukunft das Stammkräfteprogramm, die ASS-Mittel, "Jugend in Arbeit" und die Förderung der Dienstleistungspools ansiedeln.

Weitere strukturelle, langfristig noch bedeutsame Elemente sind die bundespolitischen Reformen in der Arbeitsmarktpolitik. Mit den beiden Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt soll die Vermittlung von Arbeitslosen verbessert und effektiviert werden. Dies allein kann die Situation am Arbeitsmarkt aber nicht lösen; denn die Maßnahmen können nur greifen, wenn der Arbeitsmarkt auch offene Stellen bereitstellt. Von den Arbeitnehmern wird in dieser Reform einiges abverlangt - für uns hart an der Grenze des sozial Zumutbaren. Jetzt ist auch die Arbeitgeberseite gefragt. Unternehmen müssen sich diesem Teil der Verantwortung stellen.

An dieser Stelle sei aber auch erwähnt, dass wir das Instrumentarium der Hartz-Kommission sehr differenziert sehen. Schon im September hatten wir uns in einem gemeinsamen Entschließungsantrag von SPD und Grünen für einen differenzierten Umgang mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission ausgesprochen. Dabei haben wir insbesondere den Stellenwert einiger NRW-Projekte für neue Impulse am Arbeitsmarkt herausgehoben.

So haben wir mit der START Zeitarbeit NRW GmbH den Nachweis geführt, dass das Instrument der gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung bei tariflicher Entlohnung Teilerfolge am Arbeitsmarkt erzielen kann; denn man muss auch sagen: Die START war sehr erfolgreich, deswegen konnten z. B. überhaupt erst diese Gewinne gemacht werden. Man muss natürlich auch darüber reden, wie diese Gewinne dann zukünftig genutzt werden. Sich mit Spekulationen zu betätigen, kann sicherlich nicht richtig sein. Wir haben das gestern im Haushaltskontrollausschuss noch einmal sehr differenziert analysiert und auch Stellungnahmen dazu abgegeben.

Mit den vom Land geförderten Dienstleistungsagenturen ist ein Fundament für ein flächendeckendes Angebot haushaltsbezogener Dienstleistungen gelegt worden. Kritisch sehen wir die derzeitige Konzentration der Arbeitsförderung allein in den Händen der zukünftigen Jobcenter. Eine wirkungsvolle Arbeitsmarktpolitik sollte auf die Strukturen der kommunalen Beschäftigungspolitik zurückgreifen. Örtliche Beschäftigungsträger, lokale runde Tische und kommunale Qualifizierungsangebote müssen bei der Umsetzung des Hartz-Konzeptes eine wichtige Rolle spielen. Die starre Aufteilung der Sozialhilfebeziehenden in

"erwerbsfähig" und "nicht erwerbsfähig" droht einem Teil von ihnen, dauerhaft von den Erwerbsperspektiven getrennt zu werden. Das heißt, wir wollen auch weiterhin eine integrative Politik.

Ich möchte noch etwas zum Bereich Weiterbildung sagen: Die geplante pauschale Kürzung von 10 % der Landeszuschüsse an die kommunalen und freien Träger der Weiterbildung nach dem Weiterbildungsgesetz wird nicht realisiert. Hier konnten wir eine Streckung des Konsolidierungsbeitrages auf zwei Jahre erreichen, sodass es in diesem Jahr zu einer Reduktion von 5 % kommt. Damit müssen die Einrichtungen der Weiterbildung zwar angesichts der schwierigen Haushaltslage weiterhin einen Betrag zur Haushaltskonsolidierung leisten;

(Ralf Witzel [FDP]: Wortbruch!)

ihre Arbeit ist auf dieser Grundlage aber nicht gefährdet. Das Land erweist sich mit dieser Entscheidung weiterhin als verlässlicher Partner der Weiterbildungseinrichtungen, wie es im Rahmen des Prozesses zur Novellierung des Weiterbildungsgesetzes zugesichert wurde.

Wir haben gegenüber dem Entwurf 2,42 Millionen € zusätzlich bereitgestellt. Ich glaube, das macht deutlich, dass wir auch in diesem Bereich in die richtige Richtung gehen, im Gegensatz zur Opposition, die alles nur schlecht redet. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Sagel. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf direkt bei meinem Vorredner anknüpfen: Natürlich hat Nordrhein-Westfalen ein modernes Weiterbildungsgesetz. Aber genau das ist auch der Grund dafür, warum es im Zusammenhang aller Beratungen zur Weiterbildung - auch mit der damaligen Gesetzesnovelle - die feste und verbindliche Zusage der zurückliegenden Landesregierungen und der die Regierung tragenden Fraktionen hier im Haus gab, an den Mitteln für die fünfjährige Übergangszeit bis zum endgültigen In-Kraft-Treten der neuen Förderbestimmungen 2005 ungekürzt in gleich bleibender Höhe festzuhalten.

Die Träger haben das Ihnen als Landesregierung geglaubt. Umso unverständlicher ist nun heute dieser Wortbruch hier. Was war das für eine Diskussion Anfang der Legislaturperiode mit der

neuen Landesregierung: Da gab es das Bild der neuen Verlässlichkeit in der Bildung. Das haben Sie wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Den Stufenplan haben Sie in Teilen im Bereich der Schulpolitik schon längst die Treppe heruntergekehrt, und in der Weiterbildung geht es jetzt analog weiter.

Für die Weiterbildungsträger sind natürlich nicht die Sonntagsreden entscheidend und auch nicht das, was hier im Plenum schön diskutiert wird, sondern das tatsächliche real-ökonomische Handeln auch in der Haushaltspolitik. Da ist die wahre Haltung von Rot-Grün und die Prioritätensetzung im Haushalt gerade offenbart worden. Entgegen allen Versprechen und Zusagen sind Sie hier demaskiert. Vertrauensschutz ist für Sie ein Fremdwort. Jedes Jahr haben Sie das wie eine Monstranz vor sich hergetragen und es betont; jetzt lassen Sie die Träger der Weiterbildung im Regen stehen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das hat doch nichts mit Realität zu tun!)

- Herr Sagel, wir haben es doch gerade hier im Haus bei der Weiterbildungskonferenz diskutiert, Sie waren nicht da. Wir hatten doch alle Träger hier, und sie haben vorgestellt, wie es real mit der Finanzierung ihrer Angebote aussieht. Sie haben Ihnen doch vorgerechnet - was logischerweise auch damals der Kompromiss bedeutet hat -, dass ohnehin die zugesagte konstante Fortschreibung von Beträgen angesichts der Inflation auch eine reale Entwertung und Mittelreduzierung ist, weil die Personalkosten steigen und andere Sachmittelkosten in den letzten Jahren gestiegen sind. Jetzt zusätzlich noch mit der Keule von Kürzungen zu kommen - frei nach dem Motto: Versprochen, gebrochen, verkrochen -, ist nicht vertretbar. Sie wären gut beraten gewesen, sich anstelle dieses Kahlschlags in der Weiterbildung Gedanken über ein modernes Weiterbildungscontrolling zu machen, und zu schauen, wie man Angebote steuert, wo es Verbesserungsbedarf in der Qualitätsentwicklung gibt,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

so interessante Informationen zu generieren und zukünftige Weiterbildungsprozesse zu optimieren, wie das jedes Unternehmen in der Personalentwicklung auch macht.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Witzel, Ihre Redezeit ist beendet.

Ralf Witzel (FDP): Das wäre der richtige Ansatz. Aber der Kahlschlag im Haushalt der Weiterbil-

dung entgegen allen Zusagen - damit komme ich zum Ende, Frau Präsidentin -, ist keine ehrliche Politik im Umgang mit den Betroffenen.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Witzel, Ihre Redezeit ist beendet. Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Ralf Witzel (FDP): So wird es entsprechend dort auch empfunden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Witzel. - Ich erteile jetzt dem Minister für Wirtschaft und Arbeit, Herrn Schartau, das Wort. Bitte schön, Herr Schartau.

Harald Schartau, Minister für Wirtschaft und Arbeit: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass die hohe Arbeitslosigkeit in unserem Land, in der Republik, in Europa keinen Politiker erfreuen kann, der zum Gegenstand der Politik macht, den Menschen Sorgen zu nehmen, das heißt hier in diesem Haus, eine Eule nach Athen zu tragen.

Zwei Dinge müssen immer vollkommen klar sein: Ein Arbeitsmarktpolitiker, der glaubt, das Entstehen der Arbeitslosigkeit oder das Beheben der Arbeitslosigkeit alleine mit Mitteln der Arbeitsmarktpolitik hinzukriegen, der träumt einen schönen Traum, und derjenigen, der glaubt, die Konjunktur wird es schon richten, sie muss nur anspringen, dann ist die Arbeitslosigkeit über Nacht weg, der träumt einen weiteren schönen Traum. Das sind zwei Seiten einer Medaille, die aber zusammengehören.

Selbst bei anspringender Konjunktur wird man bei der verfestigten Arbeitslosigkeit - vor allen Dingen, wenn wir sie mit einem System angehen, das nicht zur Aktivierung beiträgt, sondern das eher dazu verleitet, Arbeitslosigkeit ins Land ziehen zu lassen - die Erfahrung machen, dass sich der Sockel an Arbeitslosigkeit weiter erhöht, selbst bei anspringender Konjunktur.

Demjenigen, der meint, es nur mit der Arbeitsmarktpolitik richten zu können, ist sicherlich spätestens das letzte Jahr eine bittere Lehre gewesen, als zu sehen war, wie schnell die Konjunktur zarte Pflänzchen des Erfolges auch wieder vernichten kann, wenn sie mit einer derartigen Nachhaltigkeit einbricht.

Trotzdem sehe ich, dass wir in der Republik kurz davor stehen, zu einer entscheidenden Weichenstellung im anderen Umgang mit Arbeitslosigkeit zu kommen. Wenn die Zeichen nicht trügen, wird

hoffentlich heute oder morgen in Berlin der Durchbruch gelingen, in unserem Land in einer anderen Art und Weise mit Arbeitslosigkeit umzugehen. Alle Seiten haben sich bewegt, und es sieht so aus, als wenn die ersten entscheidenden Schritte zur Umsetzung der Hartz-Konzeption, wenn es heute und morgen Nachmittag in Berlin weitergeht, auch getan werden können.

Es wäre ein Segen für die Republik und insbesondere für Menschen, die in Arbeitslosigkeit geraten sind oder von ihr bedroht werden, dass Arbeitslosigkeit endlich individualisiert wird, die Menschen eine persönliche Unterstützung bekommen, die Kompetenzen, die wir in unserer Gesellschaft haben, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder sie schnellstmöglich wieder zu beseitigen, zusammengeführt werden und dass wir insbesondere auch erste Akzente zu der Frage "Wo soll denn eigentlich neue Arbeit herkommen?" setzen.

Ich möchte meine lieben Kollegen aus der einen oder anderen Fraktion etwas ermahnen: Wer an dem Argument, dass es gar keine Arbeit gibt, die vermittelt werden kann, vorschnell feilt, der empfiehlt eigentlich nur, den Sonnenstuhl herauszuholen, sich hineinzulegen und nichts zu tun. Dazu will ich Ihnen drei Dinge sagen:

Unverändert werden in dieser Republik über eine Milliarde Überstunden gemacht. Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, man muss sie nur durch die Jahresarbeitsstundenzahl teilen, dann hat man eine feste Zahl an Arbeitsstellen. Das sind Milchmädchenrechnungen. Wenn wir aber ein System hätten, in dem beispielsweise über flexible Zeitarbeitsunternehmen ein Freizeitausgleich von Mehrarbeit deshalb möglich wird, weil während dieser Zeit Leute der Zeitarbeitsunternehmen das Arbeitspensum leisten, würden wir entsprechende Beschäftigung für Leute generieren, die heute keine Arbeit haben.

(Beifall bei der SPD)

Schwarzarbeit: Jeder weiß, dass wir in nicht unerheblichem Umfang in dieser Republik Menschen haben - das sage ich jetzt ohne jedes Werturteil -, die Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe beziehen und nebenbei schwarzarbeiten. Jetzt müssen erste Schritte getan werden, diese Schwarzarbeit auf den ersten Arbeitsmarkt zu holen, weil es sich um Arbeit handelt, die nicht vermittelt werden kann. Die Arbeitsämter, die Sozialämter können nicht in Schwarzarbeit vermitteln. Deshalb muss die Schwarzarbeit mit aller Akribie in den ersten Arbeitsmarkt geholt werden, um sie auf dem freien Arbeitsmarkt überhaupt zugänglich zu machen.

Darüber hinaus wissen wir alle, in 3,3 Millionen Haushalten werden meist schwarz haushaltsnahe Dienstleistungen erbracht. Dann müssen wir jetzt den Versuch unternehmen, diese große Diskriminierung auch von Frauenarbeit - das nebenbei - dadurch zu beseitigen, dass wir diese Schwarzarbeit in normale Arbeit umwandeln, um Arbeitsstellen zu haben, die vermittelt werden können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Darum geht es jetzt auch in Berlin. In diesem Zusammenhang haben wir in Nordrhein-Westfalen - nicht die Landesregierung oder der Minister, sondern an vielen Stellen die Praktiker vor Ort mit uns zusammen - Modelle entwickelt, wie durch Arbeitsmarktpolitik schneller neue Beschäftigung entstehen kann.

Das könnte das Modell mit Zeitarbeit sein. Manche denken, Zeitarbeit hieße, die Leute zu entrichten, ihnen etwas zuzumuten. Für mich ist es die größte Zumutung, Menschen, die arbeitslos sind, keine Beschäftigungsperspektive zu geben. Wenn sie über die Zeitarbeit die Möglichkeit erhalten, wieder ein Bein in den ersten Arbeitsmarkt zu bekommen, ist das für viele ein Segen, der wesentlich größer ist, als ohne Perspektive zu Hause zu sitzen.

Außerdem ist die Frage interessant, wie wir vor Ort eine Stelle, nicht mehrere Stellen schaffen können, wo Menschen, deren Arbeitsplatz bedroht ist oder die bereits arbeitslos sind, eine normale Dienstleistung am Arbeitsmarkt erbringen. Dieses Zentrum wird zukünftig Jobcenter heißen und wird jetzt kommen. Das wird bedeuten, dass für den Bürger, der von Arbeitslosigkeit bedroht oder schon arbeitslos ist, eine Anlaufstelle da sein wird, die ihm assistiert, wieder in eine neue Beschäftigung zu kommen.

Diese Anlaufstelle wird aber auch mit Nachdruck darauf achten, dass nicht der Weg gegangen wird: Ihr könnt mir zwar Geld zahlen, Arbeitslosenunterstützung, aber ansonsten lasst mich in Ruhe! Das wird es zukünftig nicht mehr geben. Das heißt, Geben und Nehmen, eine Assistenz, um in eine Beschäftigung zu kommen und auf eigenen Beinen zu stehen, begleitet von einer finanziellen Unterstützung während dieser Zeit, wird der Regelfall werden.

Viel wichtiger als die Frage, wo das angehängt wird, ist die Frage, wer zukünftig darüber entscheidet, wer erwerbsfähig ist und wer nicht. Denn wir werden in unserer Gesellschaft immer Menschen haben, die etwa aufgrund ihres Alters, ihrer Behinderung nicht erwerbsfähig sind. Diese genießen einen natürlichen Schutz und haben ei-

nen Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben, das auch finanziert wird. Aber für diejenigen, bei denen im Augenblick sonstige Umstände dazu führen, dass sie nicht arbeiten gehen können, wie beispielsweise die Tatsache, dass sie nicht wissen, wo sie ihre Kinder lassen sollen, wenn sie eine Arbeitsstelle angeboten bekommen, muss es Lösungen geben, die schnellstens dazu führen, dass die Menschen wieder ihr eigenes Geld verdienen können.

Wenn das Jobcenter zukünftig eine Aufgabe prioritär haben wird, so ist es ganz am Anfang die Weichen so zu stellen, dass kein Jugendlicher, der zum Jobcenter kommt, mehr weggeht, der nicht entweder einen Arbeitsplatz, einen Ausbildungsplatz, einen Praktikumsplatz oder eine Unterbringung bei einer Jugendeinrichtung hat, die sich im Umgang mit Jugendlichen, die die Flinte schon ins Korn geworfen haben, auskennt. Das muss unser größter Anspruch an die neuen Jobcenter sein.

Mein letzter Punkt ist der von Herrn Witzel angesprochene Wortbruch. Mein Gott, das ganze Haus wackelte bei Ihrem Auftritt. Herr Witzel, Sie haben nichts anderes getan, als vollkommen unverantwortlich dazu aufzufordern, nur den eigenen Nabel anzuschauen. Diese große Leistung haben Sie gerade erbracht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zum Glück gibt es genügend Akteure in der Weiterbildungsszene in Nordrhein-Westfalens, die zu würdigen wissen, dass wir bei einer wirklich angespannten Haushaltssituation im Weiterbildungssektor außerordentlich wenig Einsparungen vornehmen, um hier mit 5 oder 10 % für ein Jahr auszukommen, und in allen anderen Bereichen tiefer hineingehen. Mit den Leuten darüber zu reden, halte ich für wichtiger, als ihnen zu sagen: Euch muss vollkommen egal sein, wie die Lage ist, was in anderen Bereichen geschieht, Hauptsache, ihr kriegt euer Geld immer weiter. - Politik ist dazu da, das Ganze zu steuern, statt sich in partikularen Bereichen profilieren zu wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister Schartau. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Teilbereich a) liegen nicht vor.

Wir kommen daher zum Teilbereich

b) Soziales

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Henke das Wort.

Rudolf Henke (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Damen, meine Herren! In der Sozialpolitik geht es um das wesentliche Ziel aller Politik, den Menschen ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Würde zu ermöglichen, das sie selbst für sich und die anderen so gestalten, wie es ihnen richtig erscheint. Weil diese Möglichkeiten sich Stärkeren leichter eröffnen als Schwächeren, müssen Politik und staatliches Handeln in besonderem Maße auf die Chancen der Schwächeren achten, wohl wissend, dass jeder Stärkere stets von heute auf morgen zum Schwächeren werden kann.

Politik und Staat können diese Verantwortung nur erfüllen, wenn sich keiner davor drückt, in dem ihm möglichen Umfang eigene Verantwortung für sich selbst, die Seinen und die Allgemeinheit zu übernehmen. Auch diese Verantwortungen gehören zu dem Begriff von Solidarität notwendigerweise dazu.

Bereits wenige Tage nach der Vorlage der Eckdaten für den zukünftigen Landeshaushalt durch den damals noch als Finanzminister amtierenden heutigen Ministerpräsidenten haben wir, die CDU-Landtagsfraktion, kritisiert, dass die Landesregierung ziel- und planlos in allen Bereichen des Sozialhaushaltes kürzt. Kinder- und Jugendarbeit, Erziehungsberatung, Jugendsozialarbeit, Offene Türen, Kindertagesstätten, Suchtberatung, Altenpflege, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Lehrlingsförderung, Jugendwohnen, Investitionen für Pflegebedürftige, Flüchtlingsbetreuungen - die Kürzungen treffen die sozial Schwachen: Alte, Kranke, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Familien, Kinder und Jugendliche.

In den Ausschussberatungen ist dann das alte Spiel gespielt worden. Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen - jetzt offensichtlich zum überwiegenden Teil in der Mittagspause -

(Zuruf von der SPD: Gleichfalls!)

haben einen Teil der von Ihrer Regierung eingebrachten Kürzungen noch einmal zurückgenommen. In den Anträgen, die Sie zu diesem Zweck im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingebracht haben, haben Sie die Ansätze des Haushaltsjahres 2002 konsequent verschwiegen.

Als Beispiel führe ich Kapitel 15 041 - Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen -, Titelgruppe 80 - Gesellschaftliche Integration von

behinderten Menschen -, Titel 684 80 - Zuschüsse an freie Träger - an. Der Ansatz im Haushaltsjahr 2002 betrug 7.252.700 €. Im Haushaltsentwurf 2003 sind 2.594.000 € angesetzt. Das ist eine Kürzung des Ansatzes um 4.658.700 € bzw. 64,2 %, also um zwei Drittel. Mit diesen Mitteln werden z. B. folgende Maßnahmen finanziert: Zuschüsse zur Westdeutschen Blindenhörbücherei, Förderung von Behindertensport, Förderung von Gebärdendolmetschern und - das ist besonders wichtig - Ausgaben aufgrund des Betreuungsgesetzes, bei denen es um die Aktivierung und Anleitung ehrenamtlicher Freiwilliger geht, die sich in der Betreuung psychisch beeinträchtigter Menschen engagieren.

Im letztgenannten Bereich werden so übrigens Mittel in eklatanter Höhe eingespart, weil sonst der Justizhaushalt mit der Finanzierung hauptamtlicher Betreuer belastet würde. Aber Sie streichen dort die Mittel und verweisen darauf, dass der um keinen Eurocent erhöhte Titel 684 11 - Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen - doch als ausreichende Finanzierungsquelle in Betracht komme.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Die Opposition hat in den Ausschussberatungen mehrere Anläufe unternommen. Ein von den Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion eingebrachter Antrag zur Erhöhung des Ansatzes auf die ursprüngliche Summe des Haushalts 2002 wurde als Erstes niedergestimmt. Ein zweiter, von den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion eingebrachter Versuch, die Summe Ihres Regierungsansatzes um 4 Millionen € zu erhöhen und damit annähernd in den Ausgangsbereich zu bringen, wurde ebenfalls mit den Stimmen von SPD und Grünen niedergestimmt. Schließlich hat der Ausschuss eine Erhöhung der Barmittel um 500.000 € beschlossen und ist damit einem Antrag von SPD und Grünen gefolgt.

Wenn man diesen Antrag liest, aber von dem Umfeld nichts weiß und den Haushalt nicht im Einzelnen studieren konnte, dann möchte man Sie als wahre Wohltäter preisen; denn in Ihrem Antrag fehlt jeder Hinweis auf den Ansatz des Haushaltsjahres 2002. Daher muss ein Leser, dem lediglich die von Ihnen eingebrachten Änderungsanträge zugeleitet werden - ich weiß inzwischen, dass Stapel von Anträgen dieser Machart in der Szene zirkulieren -, den Eindruck gewinnen, Sie hätten den Titel um 19,3 % aufgestockt, während Sie ihn in Wirklichkeit - auch nach den Beschlüssen des Ausschusses - um 57,3 % zusammengestrichen

haben. Das sind immer noch Mittelstreichungen von fast zwei Dritteln.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und Sie wollen harmlose Menschen dazu verleiten, Ihnen zu glauben, Sie hätten sie um 20 % aufgestockt. - Verehrte Damen, meine Herren, liebe Kollegen, ich könnte den Rest meiner Rede mit weiteren Beispielen nach diesem Muster füllen.

Wie ich höre, hat das Landeskabinett gestern einen Beschluss über das Landespflegegesetz gefasst. Die CDU-Fraktion hat im Ausschuss den Antrag gestellt, zur Förderung des Baus und der Ausstattung von Pflegeeinrichtungen 50 Millionen € vorzusehen, nachdem der Ansatz des Jahres 2002 von noch 20 Millionen € im Entwurf Ihrer Regierung auf 0 € geschmolzen ist. Im Ausschuss haben SPD und Grüne gegen die Stimmen der Opposition die völlige Beseitigung aller Fördermittel für Pflegeinvestitionen für richtig erklärt.

Die Folge ist, dass wir in Bezug auf die Beratung des Landespflegegesetzes - ob es nun gestern im Kabinett verabschiedet wurde oder nicht, können Sie uns ja noch erläutern - nach Auffassung von Rot-Grün nun mit einem Haushalt operieren sollen, der im Ansatz keinen einzigen Eurocent mehr für eine Förderung enthält. Ehe der Gesetzgeber überhaupt über die Fassung des Landespflegegesetzes entschieden haben kann - den entsprechenden Entwurf haben Sie ja nicht, wie angekündigt, im Oktober erstellt; vielmehr liegen Sie offensichtlich erst jetzt in den letzten Zügen -, wollen Sie also über die Haushaltsberatungen jede Möglichkeit beseitigen, überhaupt mit einem einzigen Eurocent an Fördermitteln aus dem Landeshaushalt zu operieren.

Ich erzähle niemandem etwas Neues, wenn ich darauf hinweise, dass aus einem klugen Einsatz von Fördermitteln in Höhe von 50 Millionen € eine Entlastung der Träger von Zinsbelastungen und dann konkret in den Pflegesätzen eine Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen bzw. eine Entlastung der zum Pflegewohngeld oder zur Sozialhilfe herangezogenen Gemeinden und ein Investitionsvolumen von 1 Milliarde € resultieren könnte. Selbst mit den im Haushalt 2002 enthaltenen Mitteln von 20 Millionen € hätte noch ein Fördervolumen von 400 Millionen € bewegt werden können.

Aber nein, offensichtlich - so muss ich die Abstimmung im Ausschuss interpretieren - legen Sie es darauf an, in die Beratungen zum Landespflegegesetz hineinzugehen, ohne im Haushalt auch

nur einen einzigen Eurocent veranschlagt zu haben, mit dem eine staatliche Förderung von Pflegeinvestitionen aus Landesmitteln möglich wäre.

Nach den Beratungen in den Ausschüssen bleibt deshalb ebenso wie zuvor festzustellen: Ihr Haushalt ist sozial nicht ausgewogen. Er ist unsozial. Er ist unfair. Er ist ungerecht.

In wenigen Tagen, verehrte Damen, meine Herren, beginnt das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen. Angesichts dessen ist es besonders bedrückend, mit welcher Härte Sie Einschnitte in die Programme zur gesellschaftlichen Integration und Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen vornehmen.

Besonders eklatant ist die komplette Streichung der Finanzierung der Therapeuten an den Schulen für Körperbehinderte. Hier ist eine Kürzung von 8,5 Millionen € vorgesehen. Sie ließ sich im zuständigen Ausschuss nicht rückgängig machen.

Sie und wir wissen genau, dass die Therapeuten an Schulen für Körperbehinderte in anderen Bundesländern - Bayern, Baden-Württemberg - als Landesbedienstete beschäftigt werden. Demgegenüber gibt Ihnen die Behandlung dieses Zuschusses als freiwillige Leistung die Möglichkeit, an der Integration der behinderten Schülerinnen und Schüler zu sparen. Das ist ein, wie es die CDU-Fraktion und nicht nur wir es sehen, unglaublicher Vorgang.

Die CDU-Fraktion stellt zur besseren Förderung und Betreuung von Menschen mit Behinderungen folgende Ziele auf:

Wir wollen die Kürzungen bei den Therapeuten an den Schulen für Körperbehinderte im Umfang von 8,5 Millionen € rückgängig machen. Wir wollen die Zuschüsse für Behindertenwerkstätten in der bisherigen Höhe von 1,4 Millionen € erhalten. Betreuungsvereine sollen auch künftig für ihre wichtige ehrenamtliche Arbeit Zuschüsse in Höhe von 4,1 Millionen € vom Land erhalten. Wir wollen die Modellprojekte zur Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur auch in Zukunft im bisherigen Umfang von 1,3 Millionen € garantieren. - Das sind nur einige Beispiele für ein Gesamtkonzept, mit dem wir sicherstellen wollen, dass Nordrhein-Westfalen auch künftig ein soziales Land sein wird, in dem gerade auch Menschen mit Behinderungen eine größtmögliche Förderung erhalten.

Wir fordern Sie auf, den Haushaltsentwurf der Landesregierung zur dritten Lesung in all diesen Punkten zu korrigieren. Andernfalls können wir diesen Haushaltsentwurf nicht mittragen - und in

dieser vorgelegten Fassung in dieser zweiten Lesung keineswegs. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Henke. - Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Vöge das Wort.

Horst Vöge (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Gestatten Sie mir zwei Anmerkungen zu Herrn Kollege Henke.

Erstens. Natürlich sehen wir Öffentlichkeitsarbeit genau wie Sie, allerdings mit einer kleinen Nuance. Wir machen eine präventive und positive Öffentlichkeitsarbeit, während Sie versuchen, die negativen Dinge - häufig mit Unwahrheiten versehen - ins Land zu bringen. Gestatten Sie, dass wir ein bisschen optimistischer unser Land sehen, als Sie es tun.

Und selbstverständlich kursieren viele Meldungen von Rot und Grün in unserem Land. Wenn diese positiv sind und so auch im Land und der Fachszene aufgenommen werden, kann ich das nur begrüßen und sagen: Jawohl, das ist richtig so.

Zweitens. Ohne Zweifel haben wir eine grundsätzlich andere Ansicht über die soziale Struktur unseres Haushaltes. Nordrhein-Westfalen verfügt über eine in Jahrzehnten gewachsene soziale Infrastruktur, die qualitativ und quantitativ hervorragend ist. An dieser sozialen Infrastruktur wollen wir nicht rütteln,

(Rudolf Henke [CDU]: Sie schlagen sie kaputt!)

und wir werden nicht an ihr rütteln.

Maßvolle, ausgewogene Einsparungen sind aber aus den Gründen, die ich vorhin schon im Zuge der Aussprache betreffend den Arbeitsmarktbereich nannte, im Sozialetat unumgänglich. Leider geht es nicht anders. Ich wäre auch dankbar dafür, wenn ich mit einer großen Kanne umhergehen und etwas verteilen könnte. Leider ist dies nicht möglich.

Ich bin froh darüber, dass wir in diesem Jahr nicht über die Stiftung Wohlfahrtspflege reden müssen. Allerdings muss ich noch einmal deutlich machen: Auch der Ansatz des Jahres 2002 war ausreichend, weil genügend Rücklagen vorhanden waren und kein einziger Antrag - die letzte Sitzung des Gremiums fand am 3. Dezember statt - aus finanziellen Gründen abgelehnt wurde. Das zeigt: Es gab genügend Mittel, weil genügend Rückla-

gen da waren. Ich betrachte aber die Summe von 25,6 Millionen € durchaus als gutes Signal.

Gut ist auch, dass die Globaldotationen für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege mit ca. 16 Millionen € wieder eingesetzt wurden. Es gab immer wieder Diskussionen, diese anders zu gestalten.

Es tut zwar weh, aber es ist erforderlich, dass auch die Spitze der freien Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen einen eigenständigen Beitrag zur Konsolidierung der Haushaltssituation leistet, das heißt eine zeitweise Befrachtung derjenigen, die Betreuungsaufgaben wahrnehmen, bis ein neues Modell existiert.

(Zuruf von Rudolf Henke [CDU])

Das Land Nordrhein-Westfalen hat ungefähr 228 von den 260 Betreuungsvereinen gefördert. In einer Untersuchung wurde festgestellt, dass 48 % dieser Betreuungsvereine, denen die Aufgabe obliegt, neue ehrenamtliche Helfer zu akquirieren, zu schulen, zu betreuen usw., nur null bis drei ehrenamtliche Helfer angeworben haben. Das ist aus meiner Sicht nicht effektiv, nicht ausreichend.

Ich gehe auf andere Zahlen ein. 80 % aller Vereine haben bis zu 50 neue ehrenamtliche Helfer angeworben und/oder betreut. Auch diese Zahl ist nicht ausreichend.

Ich möchte insbesondere auf die 48 % eingehen. Hier brauchen wir ein neues Konzept, und zwar ein Konzept für die Anwerbung und Betreuung in einer Hand, in einem Ressort. Ich stelle mir vor, dass diese Aufgabe im nächsten Jahr das Justizministerium wahrnehmen wird. Wir müssen deshalb darauf drängen, dass beide Ministerien, Sozialministerium und Justizministerium, mit den Wohlfahrtsverbänden und mit den Betreuungsvereinen zu einer neuen Konzeption kommen, in der die Betreuungsvereine dort, wo sie bisher gute Arbeit geleistet haben, weiter unterstützt werden.

Wir haben in vielen Bereichen sehr wohl einen sehr sozialen Haushalt. Auch die Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen bleiben in etwa gleich. Ich bin auch froh, dass wir über das Pflegeleistungsergänzungsgesetz modellhaft neue Möglichkeiten der Hilfe für Angehörige von Demenzerkrankten bei uns im Haushalt wiederfinden konnten. Und der Haushaltsansatz wurde durch einen Erhöhungsantrag der Koalitionsfraktionen deutlich gefestigt.

Die Unterstützung für das Projekt Wohnberatung und Hilfen für Wohnungslose haben wir ebenfalls durch entsprechende Anträge erhöhen und sie

über Verpflichtungsermächtigungen über einen längeren Zeitraum als bisher festigen können.

Bisher gab es eine Anschubfinanzierung der Familien unterstützenden Dienste, im Haushalt - ich glaube in Titelgruppe 90 - in 2002 mit 600.000 € ausgestattet. Dieses Modellprojekt war auf drei Jahre befristet und ist dann noch einmal bis zum 31.03.2003 verlängert worden. Aus meiner Sicht hätte es durchaus beendet werden können, aber viele Stimmen haben sich dafür ausgesprochen, weitere unterstützende Hilfe zu leisten. Deshalb haben wir es seitens der Koalitionsfraktionen noch einmal um 500.000 € erhöht.

Zur Förderung von komplementären und ambulanten Diensten, die Sie ja netterweise hinzugezählt haben, haben wir schon im letzten Jahr betont, dass diese Förderung auszulaufen muss, weil es sich laut Landespflegegesetz und laut Beschluss des Landtags um eine kommunale und keine Landesaufgabe handelt. Wir haben diesen Titel über zwei bzw. über drei Jahre mit Mitteln ausgestattet und nun auslaufen lassen, und das war gut so.

Die Finanzierung des Investitionsprogramms für stationäre Pflege, wozu Sie noch einmal einen Antrag mit 50 Millionen € gestellt haben, kann das Land nicht leisten. Es ist keine Landesaufgabe, sondern aufgrund des Pflegeversicherungsgesetzes und des Landespflegegesetzes Aufgabe der Kommunen.

Die Kommunen haben seit 1996 6,5 Milliarden € in diesem Bereich einsparen müssen. Das Land Nordrhein-Westfalen: null. Deshalb brauchen wir, weil die Kommunen dieses Geld nicht haben, da es für andere Dinge beansprucht wird, u. a. ein neues Landespflegegesetz, das auch die Proportionen verändert.

Im Augenblick beläuft sich der Investitionsstau im Neubau, im Ersatzbau und im Bereich der Sanierung auf ungefähr 4 Milliarden €. Verantwortlich sind die Kommunen. Die Landschaftsverbände, die den Vollzug durchführen müssen, haben, ausgelöst durch Haushaltssperren, signalisiert, dass sie es nicht mehr können und auch nicht wollen. Wir haben das Geld nicht. Deshalb brauchen wir neue Instrumente, um diesen Investitionsstau zu beseitigen.

Von daher gehe ich davon aus, dass wir, auch wenn das Kabinett noch nicht beschlossen hat, Anfang nächsten Jahres einen entsprechenden Gesetzentwurf im Landtag diskutieren können und eine veränderte Lage im Land Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der öffentlichen Investition bekommen.

Ich plädiere sehr dafür, dass wir privates Kapital unter dem Aspekt der Qualitätssicherung mit ins Boot holen, damit wir diesen Investitionsstau abbauen können, damit wir nicht im Schützengraben verharren und zu den Kommunen die Schuld anlasten, während die Kommunen ihrerseits argumentieren: Ihr habt zwar Recht, theoretisch müssen wir es bezahlen, aber wir haben wegen vielerlei anderer notwendiger Maßnahmen kein Geld, woraufhin wir wiederum erklären, auch wir hätten kein Geld. Letztendlich geschieht also nichts, und das wollen wir verändern. Deshalb brauchen wir eine neue Dynamik, damit wir unseren pflegebedürftigen Menschen mehr Hilfe geben können.

Wir wollen im nächsten Jahr – nicht nur weil es ein europäisches Jahr der Behinderten ist – ein Gleichstellungsgesetz verabschieden. Ein Entwurf wird und wohl Anfang nächsten Jahres erreichen. Ich freue mich sehr auf die Diskussionen: über Barrierefreiheit im Baubereich, im Schulbereich, über Gebärdendolmetscher und über die Verbandsklage. Das sind nur einige Punkte, über die wir uns unterhalten müssen und über die wir mit den Kommunen zum Teil im Streit u. a. über die Zeitplanung liegen. Von daher werden wir allein schon an den Beispielen Landespflegegesetz und Gleichstellungsgesetz eine sehr intensive, interessante und für die Zukunft unseres Landes Nordrhein-Westfalen wichtige sozialpolitische Diskussion führen.

Deshalb sage ich zum Abschluss: Wir halten den Haushalt bei kleineren Einsparungen für sozialverträglich. Die sozialen Strukturen bleiben gesichert, und das soziale Gefüge in unserem Land ist in der Waagschale geblieben. Dies bezieht sich insbesondere auf das vor der Sommerpause aufgetauchte Stichwort "sozialer Kahlschlag": Eine solche Debatte kann aus meiner Sicht nicht stattfinden, weil sie einfach nicht stimmig ist. – Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Vöge. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Dr. Dreckmann.

Dr. Ute Dreckmann (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jedes Jahr erleben wir das gleiche Ritual: Die rot-grüne Landesregierung legt einen Haushaltsentwurf vor und erklärt, dass angesichts der dringend notwendigen Sparmaßnahmen auch Einschnitte im Sozialhaushalt unvermeidlich seien.

Daraufhin geht ein Aufschrei durch den Blätterwald. Die Wohlfahrtsverbände und Kirchen mel-

den sich zu Wort, Vereine und Selbsthilfegruppen von Betroffenen schreiben sorgenvolle Stellungnahmen. Podiumsdiskussionen und Gesprächsrunden mit den im Landtag vertretenen Parteien finden statt. Schon während dieser Diskussionen, spätestens aber kurz vor den Etatberatungen im Landtag können wir staunend den Medien entnehmen, dass es die Koalitionsfraktionen auch in diesem Jahr wieder geschafft haben, den sozialen Kahlschlag zu verhindern.

Ich frage Sie allen Ernstes, meine Damen und Herren von der Koalition: Für wie dumm halten Sie die Menschen außerhalb dieses Parlaments eigentlich? Meinen Sie wirklich, die wüssten nicht, dass die Minister dieser Landesregierung und natürlich insbesondere auch der Herr Finanzminister Mitglieder Ihrer Parteien, die meisten sogar Mitglieder dieser Landtagsfraktion, sind? – Manchmal habe ich den Eindruck, dass die drastischen Einsparungen im Sozialbereich vonseiten der Landesregierung überhaupt nur deshalb jedes Jahr vorgeschlagen werden, um den rot-grünen Landtagsfraktionen die Möglichkeit zu geben, bei den Haushaltsberatungen Anträge zu einer moderaten Rücknahme der Kürzungen zu stellen, um dann als Retter des Sozialstaats glänzen zu können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Spaß beiseite: Meine Damen und Herren, die finanzielle Situation unseres Landes ist wirklich dramatisch,

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

und Kürzungen, auch im sozialen Bereich, sind notwendig. Aber sie dürfen nicht diejenigen treffen, die sich selber nicht helfen können und die deshalb auf unsere solidarische Hilfe dringend angewiesen sind. Das sind in erster Linie Menschen, insbesondere Kinder mit Behinderungen und pflegebedürftige Menschen.

Unsere Fraktion hat sich deshalb bei den Änderungsanträgen auf diesen Bereich beschränkt. Es war, gerade im Blick auf das angesprochene jährlich sich wiederholende rot-grüne Sozialstaatsretungstheater, interessant, dass alle unsere Anträge von Rot-Grün abgelehnt worden sind.

Meine Damen und Herren, in der Ausschusssitzung am 25. September 2002 hat uns Herr Minister Schartau bei der Einführung in den Haushalt erklärt, die Landesregierung wolle Menschen mit Behinderung ganz praktisch helfen, damit sie gleichberechtigt am Leben der Gesellschaft teilhaben können. Dazu sollten Barrieren im doppelten Sinne abgebaut werden, und zwar einmal Bar-

rieren im öffentlichen Raum wie Treppenstufen und schwergängige Türen, aber auch Barrieren in manchen Köpfen. Selbstverständlich müsse bei allem aber auch den wirtschaftlichen Bedingungen Rechnung getragen werden. Die freiwilligen Landesmaßnahmen des Aktionsprogramms "Mit gleichen Chancen leben" sollten über die Stiftung "Wohlfahrtspflege" finanziert werden. Das geplante Behindertengleichstellungsgesetz NRW solle umfassende Rechtsgrundlagen für die Gleichstellung behinderter Menschen schaffen.

Wissen Sie, meine Damen und Herren, was das im Klartext heißt? - Ohne Moos nichts los. Ich möchte jetzt zwar nicht meine Rede zu der Großen Anfrage der SPD-Fraktion zur Situation behinderter Menschen in Nordrhein-Westfalen wiederholen, aber eines möchte ich doch zumindest noch einmal erwähnen:

Nicht nur in dieser Rede habe ich die behindertengerechte, also barrierefreie, Ausstattung dieses Landtagsgebäudes angemahnt. Seit ich mir vor ein paar Wochen das rechte Handgelenk gebrochen habe und mit dem eingegipsten Arm und der rechten Hand so gut wie nichts machen kann, habe ich selber erfahren, wie schwer es ist, in diesem Haus der tausend Türen auch nur mit einem kleinen Handicap alleine zurecht zu kommen. Schon das Abholen der Post von der Fraktionspoststelle und der Weg im Anschluss zurück in das Büro im sechsten Stock ist ein Hindernislauf erster Güte. Auf einem Weg gibt es alleine zehn schwergängige und doppelflügelige Flurtüren zu bewältigen. Öffnen Sie einmal mit einer Hand - während Sie unter diesem Arm einen Stapel Post eingeklemmt haben - diese Türen, und winden Sie sich dann durch den Türspalt. Tun Sie dies bitte einmal ohne Zuhilfenahme der anderen Hand. Sie werden feststellen, dass das verdammt schwierig ist.

Ich empfehle Ihnen, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, die Sie gerade das Ganze ein wenig ins Lächerliche gezogen haben, aber auch der Frau Ministerin Fischer, diesen Selbstversuch einmal vorzunehmen, um zu erfahren, wie schwierig das tatsächlich ist. Sie können mit diesen Türen gleich anfangen. Auch diese Türen sind nämlich ein ausgesprochen gutes Beispiel für diesen Test.

Wie können wir denn allen Ernstes in einem Behindertengleichstellungsgesetz fordern, die Zugänge zu Kinos, Theatern, Museen, Kneipen, Behörden und Betrieben sowie Fahrzeugen des ÖPNV müssten barrierefrei sein, was für die Betreiber mit erheblichen Kosten verbunden ist, wenn wir es nicht einmal schaffen, in unserem ei-

genen Gebäude, dem Landtag, diesen Forderungen nachzukommen?

Meine Damen und Herren, die Behindertenpolitik dieser Landesregierung spielt sich insbesondere in bunten Broschüren - wie z. B. "Mit gleichen Chancen leben" - und Willensbekundungen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit ab.

Wir, die FDP-Fraktion, teilen die Befürchtungen des Sozialverbands Deutschland/Landesverband Nordrhein-Westfalen, dass die Fortschritte bei der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, die in der Gesetzgebung mit dem Sozialgesetzbuch IX und durch das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz erzielt worden sind, von der Landesregierung als Vorwand eines durchgreifenden Abbaus von Förderprogrammen zugunsten von Menschen mit Behinderungen missbraucht werden. Für das noch zu beschließende Landesgleichstellungsgesetz lässt das nichts Gutes hoffen.

Besonders dreist ist die von der Landesregierung vorgesehene völlige Einstellung der Förderung des medizinisch-therapeutischen Personals an den Schulen für Körperbehinderte. 8,5 Millionen sollen so eingespart werden. Die Arbeit dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schafft aber doch erst die Voraussetzungen dafür, dass die Kinder den Unterricht als solchen überhaupt verstehen und erleben können. Mit Hilfe der Krankengymnastik lernen die Kinder trotz schwerster Behinderung, eigenständig zu sitzen, zu gehen oder überhaupt auch nur einen Gegenstand zu halten. Mit dem Wegfall der Physio- und Ergotherapie sind oft Schmerzen, fortschreitende Fehlentwicklungen des Stützapparates und - damit einhergehend - negative psychische und physische Folgeerscheinungen verbunden. Wer bei der Förderung schwerstbehinderter Kinder spart, meine Damen und Herren, spart bei den Schwächsten der Gesellschaft. Das ist ein Armutszeugnis für unser Land.

Aber auch die anderen Kürzungen im Bereich der Behindertenpolitik haben es in sich. 227.200 € sollen bei der Investitionsförderung für Berufsbildungswerke und für Berufsförderungswerke entfallen. 1.434.900 € sollen bei der Investitionsförderung für Werkstätten für Menschen mit Behinderungen gestrichen werden. 5.632.700 € sind als Zuschüsse für freie Träger und für die gesellschaftliche Integration von Menschen mit Behinderungen weniger veranschlagt. 2.298.600 € sollen bei den Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen - so z. B. bei der Wohnberatung, der Qualitätssicherung in der Pflege und neuen Wohnformen - entfallen.

Dass diese Kürzungen nun durch Rot-Grün in geringem Maße zurückgenommen wurden, ist zwar löblich, aber nicht ausreichend. Die Umsetzung des Programms "Mit gleichen Chancen leben" habe ich mir anders vorgestellt, meine Damen und Herren.

Die FDP-Fraktion hat beantragt, diese Kürzungen in vollem Maße zurückzunehmen. Die CDU hat das unterstützt. Die Koalitionsfraktionen konnten sich dazu leider nicht durchringen.

Ich bin sicher, dass dies bei den Betroffenen und den sie vertretenden Verbänden und Organisationen aufmerksam zur Kenntnis genommen wird. Die FDP-Fraktion lehnt diesen Bereich des Haushalts wegen der dargestellten sozialen Schieflage ab.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Dreckmann. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Hürten.

Marianne Hürten (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Kürze werden wir mit dem Landesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen eine wichtige und richtungweisende Gesetzesinitiative für unser Land ergreifen. Die Beiträge meiner Vorredner und Vorrednerinnen bestätigen die Bedeutung dieses Themas. Mit dem Landesgleichstellungsgesetz werden wir die wichtigen Neuerungen des Bundesgleichstellungsgesetzes auf unserer Landesebene nachvollziehen und damit die notwendigen Grundlagen schaffen - vor allen Dingen die rechtlichen Grundlagen -, damit die rund 2,5 Millionen Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen an allen Lebensbereichen gleichberechtigt teilhaben können.

Auch die Novellierung des Landespflegegesetzes ist für nächstes Jahr geplant. Im Bereich der Pflegestrukturen strebt die Grünen-Landtagsfraktion dabei Folgendes an: bessere Unterstützung pflegender Angehöriger, bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Beratung, Stärkung des ambulanten, komplementären und teilstationären Bereichs, bedarfsgerechten Ausbau kleiner und stadtteilbezogener Wohn- und Pflegeangebote, neue Wohnformen und Hausgemeinschaften.

Diese Ziele und die Bedeutung, die wir diesem Politikfeld beimessen, spiegeln sich auch in unseren Korrekturen des Haushaltsentwurfs wider. Denn es galt und gilt, wichtige Strukturen und Instrumente für den Weg einer Neuausrichtung der

Pflegepolitik zu erhalten und innovative Ansätze zu forcieren.

So werden auf unsere Initiative hin die Haushaltsmittel für den gesamten Bereich der Alten- und Pflegepolitik gegenüber dem Entwurf um 2,25 Millionen € erhöht. Hiervon entfallen auf den Einzelplan 15 1,35 Millionen €. Wir begrüßen, dass dieser Bereich zukünftig wieder in einem Ressort zusammengefasst ist. Die Trennung in Alten- und Pflegepolitik haben wir immer für künstlich und kontraproduktiv gehalten.

Herr Henke, wenn Sie an der Stelle schon wieder das Lied anstimmen, wir hätten mit unseren Haushaltsanträgen eine Täuschung der Landschaft beabsichtigt, dann geht das völlig fehl. Gerade weil ja der Haushaltsentwurf von vielen Verbänden, Initiativen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und einzelnen Menschen so genau und im Detail zur Kenntnis genommen worden ist und darauf auch die Proteste abzielten, wissen die Menschen sehr genau, wenn wir unsere Anträge vorlegen, worauf wir uns beziehen und was mit der Erhöhung dann erreicht wird.

Ein großer Teil der beantragten Erhöhungen, nämlich 1 Million €, soll für die Förderung neuer Wohnformen für ältere und pflegebedürftige Menschen verwandt werden. Auch die Verpflichtungsermächtigungen haben wir hier um 810.000 € erhöht. Denn wir wollen neben den bereits bewilligten Projekten auch neue Vorhaben, wie Wohngemeinschaften, Generationen übergreifendes Wohnen und Hausgemeinschaften von älteren und pflegebedürftigen Menschen, ermöglichen.

Darüber hinaus haben wir 325.000 € neu eingestellt, um die komplementären ambulanten Dienste weiterentwickeln zu können. Denn das ist nach Landespflegegesetz Aufgabe des Landes. Mit diesen Haushaltsmitteln wollen wir neue Hilfsangebote entwickeln, wie z. B. Modelle im Bereich der Übergangspflege zwischen Krankenhaus und häuslicher Pflege.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, dass ein differenzierter Instrumentenmix notwendig ist, um die Pflegepolitik in Richtung neuer Wege zu entwickeln und nicht einseitig auf die Schaffung neuer stationärer Plätze zu setzen.

Dies scheint jedoch das Hauptanliegen der CDU zu sein, die 50 Millionen € für die Förderung des Baus und der Erstausrüstung von Pflegeeinrichtungen fordert und dabei auch die FDP auf ihrer Seite hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Herr Henke, im Prinzip wissen Sie doch, dass Sie

diesen Antrag an der falschen Stelle gestellt haben. Nach Landespflegegesetz sind die Landschaftsverbände dafür zuständig. Und dort - das ist doch interessant - hat die CDU die Mehrheit. Warum tragen Sie nicht dort Ihr Anliegen nach Ausbau der Investitionsförderung für die stationären Einrichtungen vor und setzen es dann selber um?

(Beifall bei den GRÜNEN - Rudolf Henke [CDU]: Sie wissen doch, wie es den Kommunen geht!)

- Sie wissen aber auch, dass das Investitionsprogramm des Landes, unser so genanntes 420-Millionen-Investitionsprogramm, ein Sonderprogramm zum Start war und dass es nicht die Zuständigkeit betrifft, sondern dass das eine ganz besondere einmalige Unterstützung war. Das wissen Sie auch. Aber Sie verdrehen hier immer wieder die Tatsachen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das kann man hier so nicht stehen lassen.

(Zuruf von Rudolf Henke [CDU])

Ich glaube auch, dass Sie deshalb auf eine Begründung des Antrags verzichtet haben, den Sie uns im Ausschuss vorgelegt haben. Damit wäre ja deutlich geworden, dass ein solcher Ansatz hier bei uns mit dem Landeshaushalt nichts zu tun hat und keinen Sinn macht.

Woher Sie angesichts der Haushaltslage die enorme Fördersumme nehmen wollen - diese 50 Millionen € -, ist auch heute nach Ihrem Beitrag im Verborgenen geblieben. Aber es geht Ihnen anscheinend an dieser Stelle nur darum, Nebelkerzen zu werfen und irgendwie zu verunklaren, wo die Zuständigkeiten sind und wo sie nicht sind.

Doch zurück zum Haushaltsentwurf! Das Ministerium äußert sich in den Erläuterungen zum Haushalt wie folgt: Die bisherige Pflegepolitik sowie die Behindertenpolitik mit dem Aktionsprogramm „Mit gleichen Chancen leben“ können, wenn auch mit einigen Einschränkungen, weitergeführt werden.

Auch wir begrüßen die Aufstockung der Mittel für die Stiftung Wohlfahrtspflege um rund 10,3 Millionen € und den neuen Ansatz in Höhe von 1 Million € für Hilfen für demenziell erkrankte Menschen. Diese Mittel dienen der Kofinanzierung niedrigschwelliger Angebote nach dem Pflegeleistungsergänzungsgesetz. Hierbei steht die Entlastung pflegender Angehöriger durch andere Betreuungsangebote im Vordergrund.

Aus unserer Sicht ist das ein erster kleiner, aber wichtiger Schritt für die Einbeziehung der Demenzerkrankten in unser Pflegeleistungssystem, der dringend auf Bundesebene um weitere Schritte ergänzt werden muss. Hier setzen wir Hoffnungen in die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Reform unserer Sozialleistungen. Wir werden von unserer Seite auf unsere Bundestagsfraktion einwirken und sie darin bestärken, dass die Pflegeversicherung auf der Einnahmenseite gestärkt werden muss und die Demenzerkrankten dringend in den Pflegeleistungskatalog adäquat eingebaut und dort berücksichtigt werden müssen.

Wir Grüne wollen, dass die Förderung von Familien unterstützenden Diensten und modellhaften Maßnahmen zur Integration wie bisher bestehen bleibt. Diese Dienste sind für Familien mit behinderten Kindern und Jugendlichen eine ganz wesentliche Hilfe und in vielen Fällen auch eine Voraussetzung für die Schaffung einer familiären und häuslichen Situation, die es den Familien überhaupt erst ermöglicht, sich der Betreuung der behinderten Kinder auf Dauer zu widmen und sich das zuzutrauen. In vielen Fällen kann so eine Heimunterbringung vermieden werden. Wir haben erreicht, dass 500.000 € für diese Aufgabe zusätzlich in den Haushalt eingestellt werden.

Für die Hilfen für Wohnungslose konnten wir den Ansatz um 300.000 € auf rund 1,1 Millionen € erhöhen. Damit können nicht nur die bereits in der Förderung befindlichen Projekte in den Kommunen weiter gefördert und unterstützt werden, sondern auch neue wichtige Wohnprojekte und Hilfsangebote für allein stehende Wohnungslose gefördert werden. Bislang wurden durch das von uns mit angestoßene Landesprogramm 85 Projekte in über 40 Kommunen in Nordrhein-Westfalen gefördert und somit ein wichtiger Beitrag zur innovativen Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe in den Kommunen geleistet.

Aber es gibt im Haushaltsentwurf auch Punkte, die wir nicht verändern konnten und die uns große Bauchschmerzen bereiten. Einen solchen uns nicht zufrieden stellenden Punkt dieser Etatberatung spreche ich zum Schluss noch an.

Zwar wurden die Globaldotationen an die Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege in Höhe von 16,4 Millionen € überrollt, doch wurde dies mit der Übernahme zusätzlicher Aufgaben verbunden. Dagegen ist im Grundsatz nichts einzuwenden, sollte doch eine strukturelle Förderung der Verbände mit einer Aufgabenkritik und der Bewältigung sich neu stellender Aufgaben parallel gehen. Doch die geplante Streichung der Mittel für die so

genannten Querschnittsaufgaben der Betreuungsvereine in Höhe von 4,08 Millionen € und die Befrachtung der Globaldotation mit dieser Aufgabe geht über den normalen Prozess der Aufgabenüberprüfung weit hinaus.

(Rudolf Henke [CDU]: Und zwar weit!)

- Das hatte ich gesagt, Herr Henke: weit hinaus.

Es handelt sich um Fördermittel für die Beratung, Betreuung, Fortbildung und Gewinnung neuer ehrenamtlicher Betreuer und Betreuerinnen. An dieser Stelle betone ich, dass wir es nicht nur bedeutend lieber gesehen hätten, sondern dass es aus unserer Sicht auch fachlich und aufgabenbezogen sehr viel besser wäre, wenn wir diese wichtige strukturelle Hilfe für die ehrenamtlichen Betreuer und Betreuerinnen im Lande auf der Grundlage eines ausgewiesenen Haushaltstitels hätten neu ausrichten können; denn es bleibt auch zukünftig wichtig und richtig, dass der ehrenamtlichen Betreuung im Land Nordrhein-Westfalen eine hohe Bedeutung zukommt und dass diese Arbeit angemessen unterstützt wird.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ohne Zweifel haben wir hier Handlungsbedarf. Wir müssen für das gesamte Land eine wirksame Struktur entwickeln, die dazu beiträgt, die Zahl hauptamtlicher Betreuungen zu reduzieren und das Instrument der Vorsorgevollmachten zu stärken.

Auch die Bund-Länder-Kommission zur Reform des Betreuungswesens sieht gerade die ehrenamtlichen Betreuer und Betreuerinnen als wichtige Partner und Partnerinnen für eine Weiterentwicklung an. Die bisher an der Versorgung in der Fläche orientierte Förderung der Betreuungsvereine muss um leistungsorientierte und gerechte Steuerungskomponenten ergänzt werden; denn nicht jeder aktive Betreuungsverein erhält die Förderung einer Querschnittsstelle. Der eine oder andere Verein wiederum erhält sie, ohne besonders für diese Aufgabe engagiert zu sein.

Zwischen den Ministerien und den Wohlfahrtsverbänden ist eine Lösung vereinbart worden, die der Unterstützung der ehrenamtlichen Betreuung dienen und diese weiterhin sichern soll. Wir haben diese zwischen den Verbänden und dem Ministerium ausgehandelte Regelung zur Kenntnis genommen. Doch wir betonen, dass wir einen eigenständigen Haushaltstitel für richtiger gehalten hätten. Wir werden daher mit dem Koalitionspartner einen diesbezüglichen Entschließungsantrag zur dritten Lesung vorlegen, in dem wir die Notwendigkeit der Neuausrichtung und perspektivi-

schen Sicherung dieser Aufgabe noch einmal darlegen und - das hat Kollege Vöge schon angesprochen - darauf hinweisen, dass wir es für richtig halten, diese Aufgabe zukünftig in eine Hand zu geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von diesem Wermutstropfen betone ich abschließend für meine Fraktion, dass wir unsere Schwerpunkte gesetzt haben und glauben, sie im Bereich der Pflege und der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen richtig gesetzt zu haben. So können auch in diesen Zeiten knapper Kassen Maßnahmen ergriffen werden, die uns gerade für diejenigen, die unserer besonderen Unterstützung bedürfen, einen Blick nach vorn erlauben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Hürten. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Fischer.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihre Rede war schon sehr eindrucksvoll, Herr Kollege Henke. Sie haben versucht, ein Horrorgemälde aufzuzeigen, das aber bei näherer Betrachtung wie eine Seifenblase zerplatzt. Sie mussten drei unterschiedliche Politikbereiche bemühen, um zu dem Sozialhaushalt, den wir heute beraten, überhaupt eine kritische Aussage zusammenzubringen. Sie haben über den Gesundheitsbereich und dabei über Schulen für Körperbehinderte, zugleich aber auch über die Familienpolitik und die Erziehungsberatung gesprochen und alles miteinander vermengt, um eine Aussage zur Sozialpolitik machen zu können.

Hinsichtlich der Zahlen, die Sie hier zur Behindertenpolitik genannt haben, bitte ich Sie, einen Blick in den Haushaltsplan zu werfen. Beispielsweise betreffen die von Ihnen genannten 4,6 Millionen €, die gekürzt worden sind, nicht die Behindertenpolitik, sondern die Betreuungsvereine. Die von Ihnen genannten 974.000 € betreffen die Familien unterstützenden Dienste und nicht die behinderten Menschen. Von daher bitte ich, bei den einzelnen Zitaten korrekt zu bleiben.

Insgesamt bestätigt mich die Kritik, die Sie vorgebracht haben, eher in meiner Überzeugung, dass wir im Sozialbereich trotz schwieriger Haushaltssituation eine sehr solide Politik machen, mit der es uns eindeutig gelungen ist, die Infrastruktur im Sozialbereich zu erhalten. Sie können sich darauf verlassen, dass das soziale NRW nach wie vor ein Markenzeichen unserer Politik bleibt. Solidarität und soziale Gerechtigkeit setzen auch eine

vernünftige Infrastruktur voraus; es ist uns gelungen, diese mit dem jetzigen Haushalt zu sichern.

Die CDU weiß ganz genau, dass unsere Strukturen für soziale Sicherheit stabil und bundesweit sogar sehr oft vorbildhaft sind. Unter den Bedingungen einer strikten Haushaltskonsolidierung werden wir uns nach wie vor sehr konsequent dafür einsetzen, dass Menschen gezielt unterstützt und gefördert werden, die der solidarischen Hilfe tatsächlich bedürfen. Gleichzeitig wollen wir Infrastrukturen und Netzwerke aber auch so umgestalten, dass Eigeninitiative und Selbsthilfe noch besser zur Geltung kommen.

Selbstbestimmung, Emanzipation und Teilhabe in der Gesellschaft sind für uns die Zielvorstellungen, die wir auch in der Behindertenpolitik konsequent verfolgen. Menschen mit Behinderungen sind gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es daher, gesellschaftliche Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass jede und jeder am Leben in der Gesellschaft teilhaben kann.

Natürlich wollen wir Barrieren abbauen, Frau Kollegin Dreckmann, und zwar sowohl physische Barrieren als auch Barrieren in den Köpfen, wie Herr Kollege Schartau gesagt hat. Wir reden nicht von bunten Broschüren und zeigen keine bunten Bilder vor, sondern wir arbeiten an einem Behindertengleichstellungsgesetz. Ich bin davon überzeugt, dass wir damit bei der Verbesserung der Situation der Menschen mit Behinderungen einen großen Schritt vorankommen werden.

Der Haushaltsentwurf sieht allerdings vor, die Anschubfinanzierung der Familien unterstützenden Dienste zu beenden. Das war - das betone ich - von Anfang an geplant und angekündigt; denn es handelte sich um ein begrenztes Programm. Darum kann man das, Herr Kollege Henke, nicht als Verminderung des Haushalts bezeichnen; es war eben ein auslaufendes Programm. Ziel der Anschubfinanzierung war, Qualitätsstandards für Familien unterstützende Dienste zu definieren und sie als unverwechselbares Produkt sozialer Dienstleistungen zu etablieren, das zu einer verlässlichen Entlastung von Familien mit behinderten oder pflegebedürftigen Angehörigen beitragen kann.

Die Dienste haben mit den jetzt erreichten Qualitätsstandards eine gute Basis, um im kommunalen Netz der ambulanten Behindertenhilfe bestehen zu können und auch zu einem festen Bestandteil im örtlichen Unterstützungsnetz zu werden.

In Bezug auf das örtliche Unterstützungsnetz möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir zum Teil in diesem Landeshaushalt über Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen des Landes reden, die eindeutig zu einer kommunalen Aufgabe gehören. Wenn ich vor der Entscheidung stehe, Pflichtaufgaben des Landes oder freiwillige Leistungen einzuschränken, dann muss ich an dieser Stelle auch deutlich machen und unterscheiden, welche Aufgaben zu den kommunalen Aufgaben gehören, die auch von den Kommunen finanziert werden müssen, und welche Aufgaben zu den Landesaufgaben gehören.

Herr Kollege Henke, Sie wissen genau, dass auch die Familien unterstützenden Leistungen zunächst einmal eine kommunale Aufgabe sind und dort finanziert werden müssen und dass es unsere Aufgabe ist, für die Rahmenbedingungen zu sorgen und die Weiterentwicklung dieser Maßnahmen zu ermöglichen. Das Gleiche gilt auch, jetzt aus dem anderen Bereich, für die Schulen für Körperbehinderte,

(Zuruf von Rudolf Henke [CDU])

für die therapeutischen Leistungen, die in diesem Rahmen geleistet werden. Es ist eindeutig eine kommunale Aufgabe. Sie zitieren andere Länder, bei denen das anders ist. Da kann ich nur sagen: Dort liegt ein anderes Gesetz zugrunde. Ich bitte schon, die gesetzlichen Grundlagen unseres Landes zu beachten oder hier andere Gesetze einzubringen, die zu einer Änderung führen, aber nicht Birnen mit Äpfeln zu vergleichen.

In den Ausschussberatungen - das ist allerdings deutlich geworden - gibt es über alle Fraktionen hinweg eine fachliche Übereinstimmung, dass es eine Absicherung der Familien unterstützenden Dienste bei besonderen Schwerpunkten geben soll. Wir werden daher mit den zusätzlich beantragten Mitteln von 500.000 € auch weitere Modellprojekte zur Qualitätsverbesserung dieser wichtigen Dienste fördern können.

Aus Sicht der Landesregierung bleibt es jedoch bei der Zielsetzung, die Dienste als eigenständigen Bestandteil örtlich ambulanter Hilfen zu verankern. Da hilft es auch nicht, das, was im Pflegegesetz längst verankert ist, über Jahre hinaus immer wieder infrage zu stellen.

Verehrte Damen und Herren, die Betreuungsvereine haben in unserem Land in den letzten zehn Jahren wertvolle Betreuungsarbeit geleistet und zudem das ehrenamtliche Engagement im Betreuungswesen unterstützt. Dafür gebührt den Betreuungsvereinen ein großer Dank und auch eine Anerkennung für die Arbeit.

Die Landesregierung hat die Gewinnung und Qualifizierung ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer seit 1991 finanziell gefördert. Die bisher im Landeshaushalt ausgebrachten Unterstützungsleistungen für die Gewinnung und Qualifizierung ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer werden im Haushalt 2003 nicht gesondert veranschlagt. Die teilweise nur sehr geringe Zahl an zusätzlich gewonnenen ehrenamtlichen Betreuern, aber zugleich der drastische Zuwachs an hauptamtlicher Betreuung beweisen, dass das bisherige Förderkonzept überarbeitet werden muss, um wesentlich mehr Menschen als bisher für die ehrenamtliche Betreuung zu gewinnen.

Alle Betreuungsvereine sind Mitglieder eines Spitzenverbandes der freien Wohlfahrtspflege. Um bisher bewährte Strukturen in der ehrenamtlichen Betreuungsarbeit nicht zu gefährden, haben sich die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege bereit erklärt, in der Übergangsphase mit umfangreichen Maßnahmen zur Absicherung der bisher erfolgreichen Strukturen beizutragen, aber auch an neuen Konzeptionen für die Gewinnung von Ehrenamtlichen zu arbeiten. Ich bedanke mich ausdrücklich für deren Unterstützung und für die konstruktive Zusammenarbeit.

Es ist mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Finanzierung der für die Betreuungsvereine maßgeblichen Vergütungsansprüche und der Aufwendungsersatz unverändert bleiben. Die Arbeit der Betreuungsvereine wird durch den Wegfall der Förderung dieser Querschnittsaufgabe in ihrer Substanz daher nicht gefährdet.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr darüber, dass es gelungen ist, die Globaldotations für die Spitzenverbände unangetastet zu lassen und sie in gleicher Höhe wie im vergangenen Jahr zur Verfügung zu stellen. Die Spitzenverbände übernehmen seit Jahren eine wichtige Rolle bei der Koordinierung, Führung und Beratung sowie bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung von haupt- und ehrenamtlichen Helfern. Mit ihrer Steuerungs- und Koordinierungskompetenz sind sie daher unverzichtbare Partner bei der Sicherung unserer Hilfe- und Unterstützungsnetze.

Der Stiftung Wohlfahrtspflege werden wir im kommenden Jahr mit insgesamt gut 25 Millionen € 10 Millionen € mehr als im laufenden Jahr zur Verfügung stellen können. Die Verbesserung der Betreuung und Begleitung demenziell erkrankter Menschen bleibt dabei ein wichtiger Schwerpunkt der Stiftung.

Sehr geehrte Damen und Herren, bereits heute leben in Nordrhein-Westfalen ca. 435.000 Pflege-

bedürftige, rund 123.000 von ihnen wohnen in Heimen. Weitere 312.000 Personen werden zu Hause von Angehörigen und ambulanten Diensten versorgt. Bis zum Jahr 2010 wird die Zahl der Pflegebedürftigen in Nordrhein-Westfalen auf rund 500.000 Personen ansteigen.

Für die Menschen steht insbesondere durch die Wirkung des Landespflegegesetzes eine gute und breit gefächerte Versorgung zur Verfügung. Die Landesregierung wird sich auch zukünftig den Herausforderungen stellen, die auf uns zu kommen. Damit meine ich die Veränderung der demographischen Entwicklung, die steigende Zahl der hochbetagten Menschen mit multimorbiden Krankheitsbildern sowie die deutliche Zunahme demenzieller Erkrankungen und der Pflegebedürftigkeit. Die Landesregierung wird daher in Kürze den Entwurf einer Novelle des Landespflegegesetzes vorlegen, der für die Sicherung und Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur wichtige Weichenstellungen vornimmt.

Neben dem noch nötigen Ausbau von Pflegeeinrichtungen und -diensten kommt vor allem der Sicherung und der Weiterentwicklung der Qualität der Hilfeangebote eine besondere Bedeutung zu. Dazu gehören sowohl alternative Wohnformen als auch die Weiterentwicklung der komplementären ambulanten Dienste. Für beides haben wir die Mittelansätze um insgesamt 1,325 Millionen € erhöhen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, die pflegerischen Leistungen und die Qualität der pflegerischen Leistungen in unserem Land werden auch weiterhin ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein. Ich bin froh, dass wir diese Handlungsmöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen zur Verbesserung der Pflegesituation haben, und davon überzeugt, dass auch in schwierigen Haushaltssituationen der Sozialetat die wichtigen Bedürfnisse der Menschen abdecken und ihnen gerecht werden kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen zum Teilbereich b) Soziales liegen mir nicht vor.

Wir kommen damit zum Teilbereich

c) Migration

Hierzu erteile ich als erstem Redner Herrn Kufen für die CDU-Fraktion das Wort.

Thomas Kufen (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Haushaltsberatungen

markieren den Zeitpunkt, an dem aus Worten Taten werden und an dem Verantwortung übernommen und getragen werden muss. Das sollte jedem hier bewusst sein.

Bei aller Kritik, die wir als CDU-Fraktion bereits vorgetragen haben und mit Sicherheit auch hinsichtlich dieses Punktes vortragen werden, erkennen wir eines dennoch an: Alle hier im Landtag wollen den Erfolg der Integration und der Integrationsoffensive, Regierung wie Opposition. Aber hier und jetzt muss eingelöst werden, was wir in der Integrationsoffensive NRW vereinbart haben; hier und jetzt muss Schritt für Schritt eingelöst werden, was wir an Notwendigkeiten in der Integrationspolitik ausgemacht haben.

Das geht im doppelten Sinne über das Kapitel Migration im Einzelplan 15 hinaus. In Bezug auf die Notwendigkeit von Integration herrscht Einigkeit, ebenso über die Notwendigkeiten der Integrationspolitik. Ausgehend von dem CDU-Antrag "Einheit in Vielfalt" haben wir diese Notwendigkeiten gemeinsam festgelegt. Diese Offensive wurde gestartet, weil wir erkannt hatten, dass die Integration der bereits zugewanderten Menschen eine weitgehend noch nicht bewältigte Aufgabe ist, eine Aufgabe, die wir in den nächsten Jahren erfüllen müssen, weil wir nur hier und jetzt eine der letzten Chancen dazu haben. Mangelnde Integration zeigt sich in sozialer Benachteiligung und führt zu sozialen Spannungen; erfolgreiche Integration führt zu wirtschaftlichem und kulturellem Reichtum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier in diesem Hause ist Integration nicht eine Art ideologische Weihnachtsgans - um in der Jahreszeit zu bleiben -, die jeder nach eigenen Vorstellungen und eigenem Belieben stopfen kann. Integration ist eine ganz konkrete Aufgabe dieses Hauses und eine Verpflichtung für Zuwanderer wie für die aufnehmende Gesellschaft. Integrationsoffensive heißt Anspruch und Anstrengung. Daher muss sich die Integrationspolitik hier in Nordrhein-Westfalen stärker an den vordringlichen Bedarfslagen ausrichten, weil selbstverständlich alle einsehen und erkennen, dass wir nicht alles zur gleichen Zeit schaffen können.

Marie-Luise Beck hat Anfang 2001 anlässlich einer Veranstaltung der CDU formuliert:

"Integrationspolitik muss sich auf die Gruppe konzentrieren, die offensichtlich Probleme im Integrationsprozess hat. Das sind vor allem Kinder und Jugendliche, besonders im Vorschulalter und beim Übergang in den Beruf. Das sind Mädchen und Frauen, deren Teilhabe

an Bildung und gesellschaftlichem Leben - vor allem, wenn sie im Zuge des Familiennachzuges nachziehen - besonders häufig eingeschränkt ist. Das sind Arbeitslose und gering beschäftigte Zuwanderer."

Daher sage ich Ihnen: Wir brauchen in diesem Land Förderangebote bereits in den Kindertageseinrichtungen für Kinder und deren Eltern. Wir brauchen in unserem Land Erzieherinnen und Erzieher, die in der Vermittlung der Sprachkompetenz ausgebildet wurden. Wir brauchen in diesem Land Vorsorgeuntersuchungen, die Sprach- und Entwicklungsdefizite bei allen davon betroffenen Kindern so früh wie möglich erkennen. Wir brauchen eine Verbesserung der schulischen und der Integrationsansätze sowie die Förderung der Zweisprachigkeit von Kindern und Jugendlichen. Wir haben aber eine Regierung, die keine Kraft und kein Konzept für eine umfassende Sprachförderung im Elementarbereich und in den Schulen hat.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann ich Ihnen bei aller Kritik an der Form und an der Gestaltung des muttersprachlichen Unterrichts nicht ersparen: Die Streichung eines Drittels aller Lehrerstellen führt nicht zu einer qualitativen Verbesserung der Sprachförderangebote. "Die Muttersprache ist für das Erlernen der deutschen Sprache zu nutzen", heißt es in einem Aufruf der GEW und der LAGA. Über 65.000 Menschen haben im Rahmen einer Unterschriftenaktion deutlich gemacht, was sie von Ihrem Sprachförderkonzept halten, nämlich nichts. Das, was die Koalitionsfraktionen SPD und Grüne jetzt als Entschuldigung dafür nachlegen, dass sie ein Drittel der Stellen streichen, ist wenig. Ich sage sogar: Das haben wir längst beschlossen. Sie hätten es längst auf anderem Wege umsetzen können.

Wir brauchen in diesem Land im Interesse von vielen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein umfassendes Sprachförderkonzept, damit diese Kinder und Jugendlichen in Schule, Ausbildung und Beruf Erfolg haben können. Wir brauchen ein Sprachförderkonzept, aber Sie von der Regierung haben keines.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch Folgendes ansprechen: Sie bleiben rund 200.000 muslimischen Schülerinnen und Schülern einen islamischen Religionsunterricht schuldig. Das ist ein anderer Bereich, aber die gleiche Kritik.

Wir haben in der Integrationsoffensive festgelegt, dass für alle Zuwanderinnen und Zuwanderer ab dem 16. Lebensjahr, die weder eine weiterführenden

de Schule noch eine Sonderschule besuchen, flächendeckende Integrationskurse eingerichtet werden. So heißt es dort wortwörtlich. Im kommenden Haushaltsjahr stehen erstmals 27,5 Millionen € für diesen Zweck zur Verfügung, d. h. für Integrations- und Sprachfördermaßnahmen nach dem Zuwanderungsgesetz.

Unabhängig davon, ob dieses Gesetz am 1. Januar 2003 in Kraft tritt, haben Sie mit der Verquickung des Gesetzes und unserer Integrationskurse den Zugang der bereits hier lebenden Zuwanderer zu diesen Angeboten unnötig erschwert. Die vorgesehenen Integrationsmaßnahmen richten sich in erster Linie an die Neuzuwanderer. Dabei besteht die größere Herausforderung in der Integration der Menschen, die bereits zugewandert sind.

Die Verordnung der Bundesregierung über Integrationskurse erschwert es Ihnen jetzt, auf erfahrene und bewährte Anbieter der Integrationshilfen vor Ort zurückzugreifen. Fast alle Fragen in diesem Zusammenhang bleiben offen. Keiner weiß, welche Kurse durchgeführt und von welchen Lehrkräften sie angeboten werden, keiner weiß, ob und in welchem Umfang die Mittel abgerufen werden.

Wir beraten den Haushalt 2003 unmittelbar vor dem EU-Erweiterungsgipfel in Kopenhagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, lassen Sie sich vor diesem Hintergrund sagen: Durch den bevorstehenden Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur EU wird die Projekt- und Kulturförderung gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz eine größere Bedeutung für die Prozesse der europäischen Integration bekommen. Die gemeinsame Kulturarbeit mit den Ländern Ost- und Mitteleuropas wird dazu beitragen, dass Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern eben auch kulturell zusammenwachsen kann. Diesen Zusammenhang leugnen Sie und blenden Sie aus, denn dieser Haushaltsansatz ist im vorliegenden Haushaltsplanentwurf erneut um 60.000 € gekürzt worden. Das ist unverantwortlich, das ist unangemessen, und deshalb ist das ein guter Grund mehr, diesen Ansatz nicht mitzugehen.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in unserem Land ein massives Integrationshemmnis, nämlich die hohe Arbeitslosigkeit unter den Zuwanderinnen und Zuwanderern. Wir haben in unserem Land 18.000 junge arbeitslose Migrantinnen und Migranten, die nicht älter als 25 Jahre sind. Wir haben in unserem Land eine abnehmende Zahl ausländischer Auszubildender, ob-

wohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zunimmt. Außerdem haben wir eine Landesregierung, die vor diesem Hintergrund die Finanzierung der beruflichen Eingliederung um 2,6 Millionen €, das Programm Jugend in Arbeit um 8,9 Millionen €, den Ansatz bei der Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen um 2,3 Millionen € und den Titel für die Förderung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher um 3,5 Millionen € kürzt. Die Landesregierung kann diesen Mittelrückgang nur teilweise durch in der Gemeinschaft finanzierte EU-Projekte ausgleichen.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

So bekommen wir die hohe Arbeitslosigkeit unter den Migrantinnen und Migranten nicht in den Griff. So bekommen Sie von der Regierung das Thema Jugendarbeitslosigkeit nicht in den Griff.

In einer Broschüre des Instituts der Deutschen Wirtschaft konnte ich jüngst lesen: "Integrationsprozesse sind keine Selbstläufer." Wie wahr! Der von Rot-Grün vorgelegte Haushaltsentwurf 2003 ist ebenfalls kein integrationspolitischer Selbstläufer.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat eine Integrationsoffensive verabschiedet. Die Landesregierung ist mit der Umsetzung dieser Offensive völlig überfordert. Sie hat kein Konzept. Sie hat kein Paket zur Umsetzung der Aufgaben in der Integrationspolitik. Deshalb werden wir diesen Einzelplan ablehnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Kufen. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kolgen Altenkamp das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist Vorreiter der Integrationspolitik in Deutschland. In Nordrhein-Westfalen gibt es das Landeszentrum für Zuwanderung. Das ist quasi das Vorbild für die Bundesbehörde. Nordrhein-Westfalen hat einen Integrationsbeauftragten. Es gibt den Landesbeirat für Vertriebene und Flüchtlinge und Angelegenheiten der Spätaussiedler. Wir haben die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen. Ich könnte noch weitere Landesinitiativen und Landesinstitutionen benennen, die sich in Nordrhein-Westfalen praktisch mit der Integrationspolitik beschäftigen.

Das wird auch in Zukunft so bleiben. Das hat sich in dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2003 niedergeschlagen. Der Kollege Kufen hat selber eingeräumt, dass man, wenn man sich den Einzelplan 15 anschaut, sagen muss, dass bei den Einsparungen die Integrationspolitik oder die Maßnahmen für Zuwanderer in Nordrhein-Westfalen in diesem Haushaltsentwurf in dem Rahmen berücksichtigt worden sind, wie alle Einzelpläne einzubeziehen waren. Dieser Bereich ist von Einsparungen aber nicht über Gebühr betroffen. Insofern kann man feststellen, dass es den Schwerpunkt Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen weiterhin geben wird.

Der Kollege Vöge hat vorhin dargestellt, dass wir angesichts der Haushaltsentwicklung und angesichts der generellen Entwicklung der öffentlichen Haushalte keinen einzelnen Maßnahmenbereich bei den Einsparungen auslassen können. Deshalb hat die Regierung in dem Haushaltsentwurf versucht, die Integrationsmaßnahmen zwar ein Stück weit bei den Einsparungen hinzuzuziehen, aber besondere Härten zu verhindern. Ich glaube, dass dies der Regierung im Großen und Ganzen bis auf einen einzigen Punkt gelungen ist. Die Koalitionsfraktionen haben in den Ausschussberatungen diesen Punkt korrigiert. Dabei ging es um die Maßnahmen, die sich mit dem Bereich Antidiskriminierung befassen.

Ich will jetzt auf ein paar Punkte eingehen, die gerade der Kollege Kufen angesprochen hat: Er hat gesagt, im Elementarbereich würde nicht genug für Sprachförderung geschehen. Man muss sich dazu einmal anschauen, welche Summe in diesem Haushaltsentwurf noch einmal hinzugekommen ist. Natürlich kann man immer sagen, dass der Ansatz nicht hoch genug ist, aber der Punkt ist doch, dass in Nordrhein-Westfalen seit drei Jahren im Elementarbereich Sprachförderung gezielt betrieben wird. Ich bin mir sicher, dass dieser Schwerpunkt in den nächsten Jahren noch deutlicher werden wird.

Ich komme dann zu dem vom Kollegen Kufen ebenfalls angesprochenen muttersprachlichen Unterricht. Ich will auf diesen Bereich nur sehr kurz eingehen. Es ist aber erst mit der Integrationsoffensive im letzten Jahr gelungen, die Haltung der CDU zum muttersprachlichen Unterricht zu verändern. Darüber freuen wir uns alle. Herzlich willkommen in diesem Konsens.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nur sich jetzt hier hinzustellen und sozusagen als der Bewahrer des muttersprachlichen Unterrichts aufzutreten, ist dann schon ein bisschen pharisä-

erhaft. Noch härter wird es aber, wenn gesagt wird, an der Qualität habe man an der einen oder anderen Stelle auch Zweifel, aber der von SPD und Grünen eingebrachte Antrag zum Thema muttersprachlicher Unterricht komme viel zu spät. In der Tat ist es so, dass man hinsichtlich des muttersprachlichen Unterrichtes, wie er in den letzten Jahren gemacht worden ist, an der einen oder anderen Stelle Zweifel hegen kann. Man muss deshalb einmal nachsehen, wie er sich entwickelt hat und ob er dem entspricht, was wir wollten. Auf der anderen Seite muss man aber auch deutlich sagen, dass Nordrhein-Westfalen eines der ganz wenigen Länder in Deutschland ist, in dem seit über zehn Jahren überhaupt muttersprachlicher Unterricht stattgefunden hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Insofern sind wir jetzt an einem Punkt - ich bedauere, dass das leider mit der Frage von Finanzen verbunden ist -, dass man nach über zehn Jahren auch einmal darüber diskutieren muss, ob sich tatsächlich alles das, was man mit dem muttersprachlichen Unterricht verbunden hat, erreichen lässt. Abgesehen davon kann es einem nie schaden, wenn man neue Erkenntnisse hinzuzieht. Daher sind Sie, Herr Kufen, und Ihre Fraktion herzlich eingeladen, an den Diskussionen über die neuen Erkenntnisse zum muttersprachlichen Unterricht teilzunehmen.

Aber bitte tun Sie nicht so, als wären Sie der Bewahrer oder gar der Erfinder des muttersprachlichen Unterrichtes. Das ist nicht so. Streuen Sie den Menschen draußen nicht Sand in die Augen. Die wissen sehr genau, wie lange Sie den muttersprachlichen Unterricht als mindere Priorität gesehen haben.

Bei dem anderen Thema "Integrationskurse" bricht mir langsam, aber sicher der Schweiß aus. Sie reden davon, es gebe Unsicherheiten bei den Behörden vor Ort, wie diese Integrationskurse durchgeführt werden sollen. Das hänge dann auch noch - diesen kleinen Nebensatz fügen Sie hinzu - damit zusammen, dass noch nicht klar sei, ob das Zuwanderungsgesetz in Kraft trete oder nicht.

Erstens. Alle etablierten Organisationen, die Sprachförderung und Integrationskurse bislang gemacht haben, waren sehr wohl darüber unterrichtet, dass, ob das Zuwanderungsgesetz in Kraft tritt oder nicht, es tatsächlich eine neue Diskussion geben muss, wer wie Sprachförderung betreibt.

Das ergibt sich übrigens nicht zuletzt auch aus der Integrationsoffensive des Landtags Nordrhein-

Westfalen, die Sie so gerne zitieren. An dieser Stelle muss man jedoch eines sagen: Wer bitte hat denn zu der Verunsicherung beigetragen, ob es ein Zuwanderungsgesetz in Deutschland ab dem 1. Januar 2003 gibt oder nicht?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wer hat die ganze Zeit diskutiert und an verschiedenen Stellen Veränderungen eingefordert, um sich dann in theatralischer Art und Weise im Bundesrat aus der Verantwortung zu ziehen? Das waren die Vertreter Ihrer Partei.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Da kommen Sie nicht heraus. Von daher sollten Sie diesen Zusammenhang nicht beweinen. Zu dieser Unsicherheit haben Sie erheblich beigetragen.

Ich möchte noch etwas zum § 96 des Bundesvertriebenengesetzes sagen. Hier bin ich sehr "begeistert". Wenn man sagt, die Beitrittverhandlungen, die es im Jahre 2002 gibt - möglicherweise zum Abschluss gebracht an diesem Wochenende in Kopenhagen -, sind für uns Anlass zu sagen, dass die Brückenfunktion des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes, aller Vertriebenenverbände und der Verbände, die in diesem Bereich kulturelle Arbeit leisten, wahrgenommen werden soll. Diesen Ansatz sehe ich auch. Ich frage mich aber, warum wir mit den 10.000 €, die wir im Haushalt 2003 für beitretende Länder des Jahres 2006 reduziert haben, nach Ihrer Meinung zeigen, dass wir diesen Zusammenhang nicht sehen. Das müssen Sie mir einmal erklären; das ist an den Haaren herbeigezogen.

In Wahrheit ist der Zusammenhang Folgender: Sie haben im Ausschuss gesagt, dass Ihnen das Antidiskriminierungsgesetz nicht so wichtig sei und dass Sie das Geld, das man dafür nicht benötige, für die Maßnahmen nach § 96 des Bundesvertriebenengesetz verwenden wollten, weil nach Ihrer Auffassung die Verbände, die eine kulturelle Arbeit nach dem Bundesvertriebenengesetz leisten, gestärkt werden sollten. Das ist eine Priorität, die Sie zwar haben können, wir aber nicht unterstützen können. Damit müssen Sie leben; wir haben die Mehrheit. Sie können uns aber nicht unterstellen, wir würden die Zusammenhänge EU-Beitritt und Brückenfunktion einiger Verbände nicht sehen - wobei längst nicht alle Verbände, die nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes eine Förderung erhalten, erkannt haben, dass sie eine Brückenfunktion haben; sie tun sich verdammt schwer mit dieser Tatsache.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber diejenigen, die es erkannt haben, können nach wie vor eine Förderung erhalten. Die Landesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, besonders der ehemalige Ministerpräsident nicht.

Ich komme nun zu meinem letzten Punkt. Gleich wird ja die FDP-Fraktion ihre Haltung zu diesem Bereich darstellen. Wissen Sie, was mich an dieser ganzen Diskussion ärgert? - Sie wollen alle Ansätze zum Zuwanderungsbereich überrollen. Das finde ich sehr interessant. Rein inhaltlich wäre ich Ihnen gerne gefolgt; aber ich kenne die Zusammenhänge und weiß, dass man im Prinzip so mit dem Haushalt nicht umgehen kann. Sie haben im Ausschuss angekündigt, Sie wollten einen Deckungsvorschlag vorlegen. Ich habe mich bei den Kollegen umgehört, weil ich nicht allen Beratungen beiwohnen konnte: Der Deckungsvorschlag ist wohl offensichtlich wiederum die Reduzierung der Kohleförderung. Eines steht fest: Im Jahre 2003 wird es bei allen vertraglichen Bindungen, die es in diesem Bereich gibt - mit Verlaub -, auch der FDP nicht gelingen, dort herauszukommen. Insofern ist das kein Deckungsvorschlag.

An dieser Stelle muss man den Menschen in Nordrhein-Westfalen, und zwar auch den Migrantinnen und Migranten deutlich machen, dass es natürlich in den Bereichen, die sie betreffen, Haushaltskürzungen gibt. Wir sind aber erstens der Auffassung, dass diese im Rahmen geblieben sind, zweitens, dass im Haushalt 2003 der Schwerpunkt Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen nach wie vor erkennbar ist, und drittens, dass die Integrationsoffensive mit diesem Haushalt Schritt für Schritt umgesetzt wird. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir nicht dauernd klein reden, weil uns irgendwann niemand mehr glaubt, dass wir die Integrationsoffensive des Landtags so wichtig nehmen, wie wir das immer in Sonntagsreden behaupten.

Tatsache ist: Mit diesem Haushalt können die ersten Schritte verwirklicht werden. Anschließend können wir uns gemeinsam über die nächsten Schritte unterhalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Dr. Dreckmann das Wort.

Dr. Ute Dreckmann (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Sitzung des Migration-

sausschusses vom 26. September 2002 hat uns der Herr Staatssekretär Fischer eine interessante Rechnung präsentiert. Im Haushaltsjahr 2003 stünden insgesamt 10 Millionen € mehr für die Integrationspolitik in unserem Land zur Verfügung als in diesem Jahr. Gut 5 Millionen € seien im Kapitel 15 060 - Landesmaßnahmen für Zugewanderte - mehr eingestellt als im laufenden Haushaltsjahr, und weitere 5 Millionen € seien für die Zuwanderungspolitik im Gemeindefinanzierungsgesetz verbucht. Dies zeige, wie wichtig die Landesregierung die Förderung der hier lebenden Migrantinnen und Migranten und vor allem die Umsetzung der Integrationsoffensive nehme.

Das hört sich zunächst einmal gut an. Die Freude darüber vergeht aber sehr schnell, wenn im Anschluss daran - allerdings ohne direkte Bezugnahme auf das gerade Gesagte - darauf hingewiesen wird, dass 27,5 Millionen € in der neuen Titelgruppe 67 für die Förderung der dem Land obliegenden Aufgaben nach dem Zuwanderungsgesetz zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben in den anderen Titelgruppen werden nämlich im Gegenzug um insgesamt mehr als 22,5 Millionen € gekürzt.

Meine Damen und Herren, die Integrationsaufbaukurse für Neuzuwanderer gehen also eindeutig zulasten der Integrationsförderung der hier lebenden Migrantinnen und Migranten. Dies zu leugnen, wie es die Landesregierung tut, ist schlichtweg das Vorgaukeln falscher Tatsachen. Die Integrationspolitik steht in unserem Land also keineswegs nach wie vor auf einem festen Fundament, wie uns die Landesregierung glauben machen will. Stattdessen steht sie auf äußerst wackeligen Füßen; sie neigt in die Schiefelage wie der Turm von Pisa. Der Schock auf die gleichnamige Studie hat uns alle zwar vor einem Jahr noch tief erschüttert, aber ein wirkliches Umsteuern in der Bildungspolitik ist nach wie vor nicht in Sicht, und die Schwächsten in unserem Bildungssystem sind nach wie vor die Kinder mit Migrationshintergrund.

Um die Sprachförderung an einigen Kindergärten zu finanzieren, werden die Stellen für den muttersprachlichen Unterricht an den Schulen reduziert. Aber nicht nur beim muttersprachlichen Unterricht wird gespart; auch der Förderunterricht fällt dem Sparstift zum Opfer. Betroffen sind die so genannten Quereinsteiger unter den Migrantenkindern, die es ohnehin in der Schule am schwersten haben. Das schulische Desaster der betroffenen Kinder und Jugendlichen ist vorprogrammiert, meine Damen und Herren, mit allen negativen

Folgen, die das für unsere Gesellschaft haben wird.

14,2 % der ausländischen Jugendlichen verließen in unserem Land am Ende des Schuljahres 2000/2001 die Schule ohne Abschluss. Im Ruhrgebiet lag die Quote sogar bei 17 %. Bei den deutschen Jugendlichen waren es dagegen nur 6 %.

Die häufigsten Schulabschlüsse bei den ausländischen Jugendlichen sind mit 34,5 % der Hauptschulabschluss - bei den deutschen sind es 20,5 % - und mit 35,5 % der Realschulabschluss - bei den deutschen sind es 41,4 %. Fachhochschulreife oder Hochschulreife erreichten nur 15,8 % der ausländischen, aber 32,1 % der deutschen Schulabgänger.

Entsprechend hoch ist die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Fast zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund stammen in unserem Land aus Arbeiterfamilien. Seit der Zeit der Anwerbung als so genannte Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter hat sich an der Schichtzugehörigkeit dieser Familien nur wenig geändert. Soziale Mobilität, also die Möglichkeit des Hin- und Herwechsels, des Auf- und Abstiegs zwischen verschiedenen sozialen Schichten, ist in diesem Land ausgesprochen schwierig. Eine humane und offene Gesellschaft zeichnet sich aber vor allem dadurch aus, dass sie für alle Bevölkerungsgruppen gleiche Chancen bietet. Gleiche Chancen - das heißt gerade nicht das als Besitzstandswahrung definierte Verharrenmüssen im einmal erreichten Status.

Die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern ist primär eine soziale Frage. Sie gelingt umso besser, je höher der Bildungsstand und die soziale Schichtzugehörigkeit sind. Hier heißt es in unserem Land für Migrantinnen und Migranten noch immer: Wir müssen leider draußen bleiben.

In Nordrhein-Westfalen leben ca. zwei Millionen Menschen mit ausländischem Pass. Das sind 11 % der Bevölkerung. Hinzu kommen 600.000 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund, also Menschen ausländischer Herkunft, aber mit deutschem Pass, ist sicher noch einmal so groß, wahrscheinlich noch wesentlich größer. Diese Menschen leben mit ihren Familien teilweise schon seit mehreren Generationen hier und sind noch immer schlecht integriert. Sie haben in der Regel einen niedrigen sozialen Status, ein niedriges Bildungsniveau, eine niedrige Sprachkompetenz, häufig keinen Berufsabschluss und sind oft von Arbeitslosigkeit betroffen.

Besonders benachteiligt sind die türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten. Sie stellen gleichzeitig die größte Gruppe der hier lebenden Menschen mit ausländischem Pass oder ausländischer Herkunft dar. Die größten Bildungsdefizite gibt es bei den türkischen Frauen der Elterngeneration. 47 % von ihnen haben keinen Schulabschluss, 42 % nur einen Primarabschluss. 72 % der hier lebenden Türkinnen haben keinen Berufsabschluss. Von den älteren Türkinnen können etliche weder lesen noch schreiben.

In unserer Integrationsoffensive stellen wir fest, wie wichtig das Erlernen der deutschen Sprache für eine erfolgreiche Integration ist, und fordern sprachliche Fördermaßnahmen für Migrantinnen und Migranten, um ihnen den Einstieg in unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu öffnen.

Sprachkurse und Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten, aber auch Alphabetisierungskurse und Kurse zum Nachholen des Schulabschlusses bieten in erster Linie die Volkshochschulen in unserem Land an. Gerade im Ruhrgebiet - dort haben wir einen hohen Anteil an ausländischer Bevölkerung - haben die Deutschkurse der Volkshochschulen sehr großen Zulauf. Jetzt will die Landesregierung - so die "WAZ" vom 6. Dezember - die Zuschüsse für die 138 Volkshochschulen in den nächsten beiden Jahren von 51 Millionen € auf 46 Millionen € senken. Viele der oben genannten Kurse stehen dann vor dem Aus; denn gerade diese Kurse verursachen hohe Kosten und sind allein über Teilnehmergebühren nicht zu finanzieren.

Nach einem Bericht der "WAZ" vom 6. Dezember dieses Jahres beklagen sich türkischstämmige Zuwanderer immer häufiger über Diskriminierung in Deutschland. Der Bericht bezieht sich auf eine Studie des Zentrums für Türkeistudien. Danach gaben 60 % von 1000 befragten Türken an, mehrfach diskriminiert worden zu sein. Fast jeder Zweite hat das Gefühl, am Arbeitsplatz benachteiligt zu werden.

Meine Damen und Herren, die FDP steht zu dem Zuwanderungsgesetz. Wir hoffen sehr, dass es am 1. Januar 2003 in Kraft treten kann. Ausländische Erfahrungen, z. B. in den Niederlanden, zeigen aber eindeutig, dass die zurzeit vom Bund eingeplanten Mittel von 169 Millionen € im Jahr für die im Zuwanderungsgesetz festgeschriebenen Basissprachkurse und Orientierungskurse zuzüglich der vom Land in den Haushalt 2003 eingestellten 27,5 Millionen € auf keinen Fall ausreichen werden, um Neuzuwanderer fit für ein Leben in unserer Gesellschaft zu machen. Hierzu werden weitere Mittel notwendig sein. Die Integration

der Neuzuwanderer darf aber aus den gerade geschilderten Gründen auf keinen Fall zulasten der hier schon seit Jahren und teilweise schon Jahrzehnten lebenden Migrantinnen und Migranten und ihrer Kinder gehen, wie dies der vorliegende Haushaltsplan tut.

Die FDP-Fraktion hat deshalb im Migrationsausschuss beantragt, die im Kapitel 15 060 des Einzelplans 15 zusammengefassten Mittel für Landesmaßnahmen für Zuwanderer um insgesamt 3.823.700 € aufzustocken und dieses Geld für die Umsetzung der Integrationsoffensive zu nutzen. Die CDU-Fraktion hat diesem Antrag zugestimmt.

Bei den letzten Haushaltsberatungen waren wir uns fraktionsübergreifend einig darüber, dass wir gemeinsam dafür streiten wollen, dass für die Umsetzung der Initiative auch ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. Ich finde es schade, dass die rot-grüne Koalition diesen gemeinsamen Weg verlassen hat.

Meine Damen und Herren, mit den Mitteln des vorliegenden Haushaltsentwurfs ist zielführende Haushaltspolitik im Sinne der Integrationsoffensive und des Zuwanderungsgesetzes jedenfalls nicht zu machen. Die FDP-Fraktion lehnt diesen Bereich des Einzelplans 15 deshalb ab.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Dr. Dreckmann. - Für Bündnis 90/Grüne hat jetzt Frau Kollegin Haußmann das Wort.

Sybille Haußmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In unserem Land gibt es hervorragende Einrichtungen, durch die ein multikulturelles Nordrhein-Westfalen und die Gleichberechtigung von Minderheiten gefördert werden. Frau Dr. Dreckmann, Sie haben hier gerade ein Szenario entworfen, als ginge es den Ausländern und Migrantinnen und Migranten in unserem Land durch die Bank schlecht. Sie würden diskriminiert und in ihren Entfaltungsmöglichkeiten behindert.

Sie haben aber nicht mit einem Wort erwähnt, dass es diesen Menschen hier oft gut geht. In der von Ihnen zitierten Studie steht auch, dass 24.000 junge Menschen mit Migrationshintergrund inzwischen ihren Weg zum Studium gefunden haben und an einer Hochschule in Nordrhein-Westfalen studieren. Deshalb denke ich: Ganz so schlimm, wie Sie es hier darstellen, kann es nicht sein.

Ich möchte hier noch einmal erwähnen, dass wir wirklich wichtige und gute Maßnahmen ergriffen haben und auch weiterhin fördern und erhalten - trotz der schwierigen Haushaltslage -, die es ermöglichen, die Förderung von Migrantinnen und Migranten weiter zu betreiben.

Ich nenne hier z. B. die Regionalen Arbeitsstellen für Jugendliche aus Zuwandererfamilien. Sie sind heute noch nicht genannt worden. Sie leisten für Kinder aller Altersstufen in den Kommunen eine wichtige Unterstützung. Sie führen Sprachkurse durch, helfen bei der Auswahl der richtigen Schulform und unterstützen viele Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher in ihrem Bemühen, die Kinder, die z. B. Sprachprobleme haben, angemessen zu fördern.

Das Landeszentrum für Zuwanderung - Frau Altenkamp hat es eben schon genannt - stellt mit seinen Studien und seiner Vernetzungsarbeit zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Praxis wichtige Grundlagen für die Migrationsförderung in unserem Land her. Das Landeszentrum wendet sich gerade an Kommunalverwaltungen, an Beratungsstellen, bis hin zu Universitäten, um den Multiplikatoren in diesem Land das Know-how zu vermitteln, wie wir in einem multikulturellen Land gleichberechtigt miteinander umgehen.

Nicht zuletzt die Antidiskriminierungsprojekte helfen ganz konkret den Menschen vor Ort, eben wenn sie sich aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder Religion benachteiligt fühlen oder wenn sie tatsächlich benachteiligt worden sind. Frau Dr. Dreckmann, Sie haben es eben gesagt: Ein Viertel der türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes hat schon einmal persönlich diskriminierende Erfahrungen gemacht. So kann man die Arbeit dieser Antidiskriminierungsbüros gar nicht hoch genug einschätzen. Wir fördern sie weiter - trotz der schwierigen Haushaltsituation.

Wir haben einen Integrationsbeauftragten eingesetzt. Er erhält die Mittel, die er braucht, um einen Konsultationsprozess einzuleiten, ihn zwischen den gesellschaftlichen deutschen Gruppen und den Migrantenorganisationen in Gang zu bringen und auf diese Weise zu einem gesellschaftlichen Konsens darüber zu finden, was notwendige Integrationsmaßnahmen in Zukunft sein werden.

Ich möchte auch die Mittel für die Migrantenselbstorganisationen erwähnen. Warum fördern wir Migrantenselbstorganisationen? Wir unterstützen sie, damit sie die Chance haben, an ihrer Integration in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland selbst zu arbeiten.

Und ich möchte erwähnen: Auch wenn wir an dieser Stelle gekürzt haben, haben wir wieder erhebliche Mittel im Haushalt verankert, um die Institutionen für Spätaussiedler und Vertriebene zu fördern.

Darüber hinaus haben wir unsere Hausaufgaben gemacht und 27,5 Millionen € für die Durchführung von Integrationskursen von Neuzuwanderern in den Haushalt eingesetzt. Das war ein ziemlicher Kraftakt, wenn Sie bedenken, was wir an Einsparsumme zu erbringen haben.

Unter dem Strich, meine Damen und Herren, ist der Migrationshaushalt, über den wir hier an dieser Stelle reden, bei allem Sparzwang von Augenmaß geprägt und dient dazu, die bewährte Infrastruktur, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, zu erhalten. Das ist ein wichtiger Schritt.

Aber die Migrationspolitik ist nicht nur Sache des Sozialministeriums. Migrationspolitik ist genau wie Frauenpolitik eine Querschnittsaufgabe, die für alle Ressorts Bedeutung hat. Deshalb möchte ich auch auf die migrationspolitische Verantwortung der anderen Ministerien eingehen. Hier kommt natürlich den Bereichen Schule, Kinder und Jugend besondere Bedeutung zu. Wir haben die Sprachförderung für Kinder im Vorschulalter im Vergleich zu diesem Jahr verdoppelt. Das ist eine gute Nachricht und sinnvoll gerade für Kinder, deren Eltern nur schlecht deutsch sprechen, die wenig eigene Bildungschancen hatten und ihren Kindern eben nicht die Förderung zuteil werden lassen können, die sie bräuchten, um in unserem Land eine Bildungschance zu bekommen.

Für uns ist auch wichtig, dass wir endlich die Einführung und Weiterentwicklung von Ganztagschulen fördern. Das ist gerade für Kinder mit Migrationshintergrund eine wichtige Sache, damit sie dort bei den Hausaufgaben Hilfe bekommen, wenn ihre Eltern ihnen nicht helfen können.

Wir sind dabei, die Schulpflicht für Asylbewerber einzuführen, und wir richten den ersten Lehrstuhl für islamische Religionslehre ein. Das heißt, wir bilden in Zukunft islamische Religionslehrer in deutscher Sprache aus, für einen deutschsprachigen Religionsunterricht nach einem Curriculum, das hier in Deutschland in Zusammenarbeit mit den muslimischen Verbänden entwickelt worden ist. Auch das ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Integrationsoffensive, die wir hier im Landtag gemeinsam beschlossen haben.

Aber leider muss ich auch Wasser in den Wein gießen: Kritisieren möchte ich an dieser Stelle nachdrücklich die Stellenkürzungen im Bereich des muttersprachlichen Unterrichts.

(Beifall bei GRÜNEN und CDU - Thomas Kufen [CDU]: Recht so!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten schon 1997 hier im Parlament einen Beschluss gefasst, dass der muttersprachliche Unterricht strukturell verbessert und ausgebaut werden soll. Die Landesregierung hat diesen Beschluss nur sehr rudimentär umgesetzt.

(Beifall bei GRÜNEN, CDU und FDP)

Mit der Integrationsoffensive im letzten Jahr haben wir diesen Beschluss und dieses Anliegen noch einmal verstärkt, und wieder ist wenig passiert. Stattdessen müssen wir uns nun damit abfinden, dass 450 Stellen gestrichen werden, mit dem Argument, der muttersprachliche Unterricht sei nicht wirklich effektiv. Auf der einen Seite haben wir das Notwendige nicht ausreichend gemacht, und jetzt kritisieren wir die mangelnde Effektivität. Ich denke, da haben wir nicht die richtigen Weichen gestellt.

Meine Damen und Herren, es kann nicht angehen, dass wir einen Missstand mit Argumenten beklagen, die seit Jahren bekannt sind. Es stimmt doch: Der muttersprachliche Unterricht ist tatsächlich nicht richtig in den Schulalltag integriert, und er ist freiwillig, ohne jegliche Versetzungsrelevanz. Aber wir müssen diese Missstände jetzt mit den verbleibenden Stellen beheben. Das ist unsere zukünftige Aufgabe, und dazu haben wir einen Antrag für das nächste Plenum vorbereitet.

Ich bin der Überzeugung: Wir sind es den Kindern der Einwanderer in diesem Land schuldig, dass wir ihnen in den Schulen eine solide Basis für ihr Leben mitgeben. Diese Basis ruht eben genau auf zwei Säulen: auf der Muttersprache und auf der Zweitsprache.

Nur wenn sie in ihrer Muttersprache sicher sind, haben sie die Grundlage, eine zweite Sprache, also Deutsch, gut und solide zu lernen.

(Beifall bei der FDP)

Sie merken, ich sehe in diesem Haushalt Licht und Schatten. Wir sind mit vielem auf dem richtigen Weg, aber noch viel mehr ist zu tun. Mein Fazit für das kommende Jahr: Wir haben viele gute Ressourcen und Strukturen, die sich sehen lassen können, aber wir müssen noch mehr daraus machen. Das heißt, Effektivität, Zielgenauigkeit und Kreativität sind Prämissen, unter denen wir die begrenzten Mittel, die wir haben, einsetzen müssen. Der Migrationshaushalt bietet dafür den richtigen Rahmen.

Unsere zukünftige Aufgabe wird es sein, auch in anderen Ressorts die Weichen so zu stellen, dass die Chancen und Potenziale, die eine Einwanderungsgesellschaft wie unsere auch bietet - wir dürfen nicht nur die Probleme sehen -, wirklich genutzt werden, damit unsere hier im Parlament verabschiedete Integrationsoffensive weiter umgesetzt wird. Wir haben damit eine gute Grundlage geschaffen und die richtigen Strukturen gesetzt. Nun liegen noch große Aufgaben vor uns, die wir anpacken müssen. Es ist noch viel zu tun, und meine Fraktion und ich werden es anpacken. - Danke sehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Haußmann. - Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Fischer das Wort.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Nordrhein-Westfalen leben mehr als 2 Millionen Menschen ohne deutschen Pass. Die knapp 700.000 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die alleine seit den Umbrüchen in Osteuropa, also seit 1989, nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind, bilden eine Gruppe, die von ihrem Umfang her der Einwohnerschaft des Bundeslandes Bremen entspricht.

Migration ist in Nordrhein-Westfalen nicht nur hier und heute von besonderer Bedeutung, sondern auch historisch gesehen bildet unser Land die Region in Deutschland, die am stärksten durch Zuwanderung geprägt ist. Das Ruhrgebiet hätte ohne diese große Zuwanderungsbewegung nicht seine heutige Bedeutung und Wirtschaftskraft erlangt. Nicht nur im Hinblick auf Zahlen ist Nordrhein-Westfalen führend, auch qualitativ kann sich das dichte Netz der in der Integration von Ausländern und Spätaussiedlern engagierten Einrichtungen, Organisationen und Initiativen sehen lassen.

Wir haben mit unserer Integrationspolitik in der Vergangenheit wesentlich zu dieser Vielfalt und zur Stabilität des Angebots beigetragen. Dabei haben wir uns stets auf die Weltoffenheit und die Kooperationsbereitschaft der Städte und Gemeinden, der gesellschaftlichen Gruppen sowie insbesondere der freien Wohlfahrtspflege verlassen können. Das heutige Niveau der Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen wollen wir nicht nur halten, sondern zukunftsorientiert weiterentwickeln.

Diese programmatischen Überlegungen haben der Planung des Haushalts zugrunde gelegen. Die gute Infrastruktur im Land, die Vielzahl engagierter Organisationen und unsere langjährigen

Erfahrungen mit Zuwanderung und Integration bieten dafür eine ausgesprochen gute Grundlage.

Die Landesregierung hat zu Beginn der Legislaturperiode mit dem zweiten Zuwanderungsbericht eine umfassende und nichts beschönigende Analyse zum Stand der Integration in Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Wir haben darin sowohl die positiven Entwicklungen aufgezeigt als auch die, die Anlass zum Handeln geben. Die viel beachtete Integrationsoffensive dieses Landtags hat dies aufgegriffen und ein ganzheitliches Integrationsprogramm aufgestellt, das Ziele beschreibt und Forderungen formuliert, die alle politischen Handlungsebenen und alle gesellschaftlichen Bereiche betreffen.

Es ist selbstverständlich, dass im Rahmen unserer Planung die Forderungen und Anregungen der Integrationsoffensive an vorderster Stelle Berücksichtigung finden. Die aktuelle Umbruch- und Aufbruchsituation in der Integrationspolitik macht verstärkte Anstrengungen vor allem bei der Weiterentwicklung von Integration als Querschnittsaufgabe erforderlich und verlangt eine verstärkte Kooperation mit allen in diesem Bereich aktiven gesellschaftlichen Kräften, deren Bedeutung auch in der Integrationsoffensive des Landtags besonders gewürdigt wird.

Bei dieser Ausgangslage ist für die nächsten Jahre eine Verstärkung der vorhandenen Ressourcen geboten. Es war daher sachgerecht, einen Sonderbeauftragten für Integrationsfragen zu berufen. Wie Sie wissen, ist seit Beginn dieses Jahres Herr Dr. Lefringhausen Integrationsbeauftragter der Landesregierung. Ihm stehen auch im neuen Jahr unverändert Mittel in Höhe von 550.000 € zur Verfügung. Sie bieten die Gewähr, dass die vom Integrationsbeauftragten erfolgreich begonnene Arbeit des Dialogs mit allen gesellschaftlichen Gruppen zielstrebig fortgesetzt werden kann.

Mit dem In-Kraft-Treten des neuen Zuwanderungsgesetzes wird in Deutschland ein neues Zeitalter der Zuwanderungs- und Integrationspolitik beginnen. Denn nur, wenn man sich der Zuwanderung als einer zu gestaltenden Aufgabe stellt, kann man sie auch steuern. Erst die jetzige Bundesregierung hat sich - über 40 Jahre nach Beginn einer starken Zuwanderung - dieser Aufgabe gestellt und mit dem Zuwanderungsgesetz auch eine Basis für die Integration geschaffen. Aus diesem Grunde hat auch Nordrhein-Westfalen im Bundesrat diesem Gesetz aus innerer Überzeugung zugestimmt. In diesen Tagen entscheidet sich, ob das Gesetz am 1. Januar 2003 in Kraft treten wird oder nicht.

Unabhängig davon will die Landesregierung die Chance nutzen, Zuwanderer so früh und umfassend wie möglich mit der deutschen Sprache und mit der Staats- und Gesellschaftsordnung Deutschlands vertraut zu machen. Auch damit entsprechen wir einer Forderung, die alle vier Fraktionen des Landtags im Rahmen der Integrationsoffensive aufgestellt haben. Gleichzeitig lassen wir bei den Zuwanderern, die schon längere Zeit bei uns leben, mit unseren Integrationsbestrebungen nicht nach. Wir wollen deshalb die Möglichkeit, die uns das neue Zuwanderungsgesetz für die Einbeziehung der so genannten Altfälle bietet, entschlossen nutzen.

Das Zuwanderungsgesetz formuliert im Sinne von Fördern und Fordern erstmals gesetzliche Verpflichtungen und Ansprüche von Zugewanderten. Die Vermittlung von Sprachkenntnissen und eine bessere Orientierung in Staat und Gesellschaft soll den Neuzuwanderern nicht nur angeboten werden, sondern diese sollen auch dazu verpflichtet werden, diese Angebote anzunehmen.

Das Zuwanderungsgesetz gibt der Integration der Zugewanderten einen Schub. Vor allem gilt es für diejenigen, die bisher in systematische Sprachförderung nicht einbezogen waren. Sprachförderung und Integrationsbegleitung gehören unabdingbar zusammen. Nur die kontinuierliche Begleitung durch qualifizierte Beratungskräfte bietet in vielen Fällen Gewähr für einen effektiven und effizienten Integrationsprozess.

Die Landesregierung ist in diesem Sinne auch in den Ausschüssen des Bundesrates bei der Abstimmung der Integrationskursverordnung nach § 43 des Zuwanderungsgesetzes aktiv geworden.

Es sollte auch nicht übersehen werden, dass sich in vielen Kommunen des Landes bereits Netzwerke gebildet haben oder sogar Integrationsbüros eingerichtet wurden, in denen Kommunen, Kammern, Regeldienste und die freie Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten. Dies wollen wir nutzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Haushaltsberatungen im zuständigen Ausschuss haben gezeigt, dass trotz gelegentlich unterschiedlicher Auffassungen, Bewertungen oder Schwerpunktsetzungen Einvernehmen dahin gehend besteht, dass Nordrhein-Westfalen ein Land sein und bleiben soll, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Religion, Hautfarbe oder ethnischer Zugehörigkeit friedlich miteinander leben können.

Mit dem Haushaltsentwurf 2003 waren erstmals die neuen Pflichtaufgaben nach dem Zuwanderungsgesetz abzusichern. Dabei galt es aber zugleich, die Unterstützung der länger hier leben-

den oder gar hier geborenen Menschen mit Migrationshintergrund nicht zu vernachlässigen, die bestehende integrationspolitische Infrastruktur in ihrer Substanz zu erhalten und bei der Bemühung um Fortsetzung der Integrations-Offensive nicht nachzulassen.

Diesen Anforderungen wird der Haushaltsentwurf gerecht. Insgesamt stehen für die unterschiedlichen Integrationsaufgaben 86 Millionen € zur Verfügung. Das sind gut 5 Millionen € mehr als im laufenden Haushaltsjahr.

Für die Umsetzung der integrationspezifischen Regelungen des Zuwanderungsgesetzes sind in der neuen Titelgruppe 67 insgesamt 27,5 Millionen € veranschlagt.

Bei den freiwilligen Leistungen galt unser Hauptaugenmerk der Sicherung der integrationspolitischen Infrastruktur; auch das ist gelungen. Die Mittel für die regionalen Arbeitsstellen bleiben unverändert. Für die Sozialberatung der freien Wohlfahrtspflege sind die Mittel ebenfalls unverändert geblieben. Die institutionellen Zuschüsse werden mit einem Abschlag von 5 % weiter gesichert; das gilt für die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen, den Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen sowie das Zentrum für Türkeistudien.

Sehr geehrte Damen und Herren, die schwierige Haushaltslage zwingt in besonderer Weise dazu, Fördermittel gezielt einzusetzen, Synergien aufzuspüren, Politikfelder zu vernetzen und Querschnittsbezüge zu aktivieren. Das gilt auch für die Integrationspolitik, die immer auch eine Querschnittsaufgabe sein will und sein muss. Als Beispiel kann man die Maßnahmen der beruflichen Eingliederung und Motivationsmaßnahmen für junge Migrantinnen und Migranten nennen. Ein weiteres Beispiel ist die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Hier konnte die Struktur der Antidiskriminierungsprojekte gesichert werden, wenn auch die Zahl der befristeten Sonderprojekte verringert werden musste.

Das im Jahr 2000 ins Leben gerufene Bündnis für Toleranz und Zivilcourage der Landesregierung hat inzwischen zu einer breiten Vielfalt von Aktivitäten auch in anderen Häusern der Landesregierung und bei wichtigen gesellschaftlichen Gruppen in Nordrhein-Westfalen geführt. Das richtige Anliegen dieser Förderposition ist daher inzwischen in unterschiedlichen Ressorts verankert.

Sehr geehrte Damen und Herren, als Fazit halte ich fest: Die Landesregierung setzt weiterhin we-

sentliche Akzente in der Integrationspolitik. Wir investieren im nächsten Jahr mehr in Integration als in diesem Jahr. Vorrang hat dabei die Umsetzung der Ziele der Integrationsoffensive. Wir nutzen unsere politischen Gestaltungsmöglichkeiten auch bei schwieriger Haushaltslage. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließen wir die Beratungen zum Einzelplan 15.

Wir kommen zur Abstimmung über **Einzelplan 15** entsprechend der **Beschlussempfehlung in Drucksache 13/3315**. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 3** auf:

Einzelplan 05: Schule, Wissenschaft und Forschung

Einzelplan 05 umfasst die Teilbereiche a) Schule und b) Wissenschaft und Forschung.

Auf die **Beschlussempfehlung in Drucksache 13/3305** weise ich hin.

Ich eröffne die Beratung zum Teilbereich

a) Schule

Zunächst erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Recker das Wort.

Bernhard Recker (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die diesjährigen Beratungen im Bereich Bildungspolitik können verantwortlich eigentlich nur vor dem Hintergrund der Frage geführt werden: Ein Jahr nach PISA - was ist geschehen?

Wir erinnern uns: Vor genau einem Jahr stellten wir mit Ernüchterung fest, dass Deutschland im internationalen Vergleich nicht einmal Mittelmaß ist. Ministerpräsident a. D. Clement war geschockt. Doch geschockt, meine Damen und Herren, konnte nur derjenige sein, der die Realität vorher nicht zur Kenntnis nehmen wollte.

Nun hat die PISA-Ergänzungsstudie im Sommer die Ergebnisse der Bundesländer deutlich ge-